

DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR
GEWERBLICHEN
RECHTSSCHUTZ UND
URHEBERRECHT E.V.

ALFONS SCHÄFERS
Rechtsanwalt, Ministerialdirigent a.D.
Tel. 0228445742
Fax 02284100098
E-Mail: alfons.schaefers@t-online.de

Montag, 30. November 2009

Bericht

von Alfons Schäfers, Rechtsanwalt, Ministerialdirigent a.D.

:

Jahrestagung 2009 der Leitungsorgane der WIPO

Vom 22. September bis 1. Oktober 2009 fand in Genf die diesjährige Tagung der Generalversammlung der WIPO statt. Außerdem tagten auch die Leitungsorgane einiger der von der WIPO verwalteten Verbände. Die Deutsche Vereinigung hat mich als Vertreter für diese Tagung benannt, und in ihrem Auftrag habe ich vom 22. bis 28. September 2009 an den Sitzungen der Generalversammlung und der übrigen Leitungsorgane teilgenommen.

Zusammenfassung von Ergebnissen und Verlauf

Nachfolgend sind die wesentlichen Ergebnisse der Jahrestagung in Anlehnung an die Punkte der Tagesordnung wiedergegeben, insbesondere die Tätigkeiten der Ständigen Ausschüsse und Verbandsversammlungen über den SCCR, SCP, SCT und die Verbandsversammlungen von PCT, PLT, MMA und HMA, z.T. auch mit „legislativen“ Beschlüssen (PCT und HMA), d.h. förmlichen Änderungen maßgeblicher Rechtstexte (AusführungsO, GebO).

Bei den betreffenden Tagesordnungspunkten ergaben sich gegenüber den in den vorbereitenden Dokumenten und Beschlussvorschlägen des Internationalen Büros (IB) keine oder nur unwesentliche Änderungen. Für die drei ständigen Ausschüsse wurden die Mandate für die laufenden Beratungsgegenstände verlängert, ebenso wurde das Mandat für den Ausschuss für geistiges Eigentum, traditionelle Kenntnisse, Folklore und genetische Ressourcen (Intergovernmental Committee on Intellectual Property, Traditional Knowledge, Folklore and Genetic Resources (IGC)) erneuert und konkretisiert.

Die Generalversammlung billigte den Haushaltsvoranschlag für das Biennium 2010/2011. Schließlich genehmigte die Versammlung auch die Bauplanung und Finanzierung für eine neue Konferenzhalle auf dem Gelände der WIPO. Dieser Haushalt ist durch die erwarteten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Registrierungs-Unionen gekennzeichnet. Er sieht deshalb von Kürzungen im Umfang von etwa 30 Mio. SFR und einen Abbau von Personalstellen im Umfang von etwa 100 Stellen vor. Das IB rechnet damit, dass sich die Krise auf den Finanzmärkten und ihre Folgeerscheinungen in Industrie und Wirtschaft bei der Anmeldung von Schutzrechten bemerkbar machen werden. Die Pläne für das neue Konferenzzentrum werden davon allerdings nicht berührt, da der Bedarf für mehr Platz für die Delegationen unabweisbar

erscheint und eine solide Finanzierung der erforderlichen 64 Mio. SFR aus den Rücklagen und günstige Darlehen gesichert. Die Debatten über die Umsetzung der sog. Development Agenda (DA), mit deren Hilfe die Entwicklungsländer verstärkt Einfluss auf den Geschäftsgang bei der WIPO und die Umsetzung der Empfehlungen gewinnen wollen, haben ebenfalls spürbare Auswirkungen auf die finanziellen Planungen der WIPO; sie erscheinen aber als angemessen und beherrschbar.

Atmosphärisch wichtig für das IB und die Mitgliedstaaten war neben mehr routinemäßig anstehenden Entscheidungen das sog. „High Level Segment“ der allgemeinen Runde von Erklärungen der Delegationen. Ein solches „Segment“ war in der WIPIO erstmalig vorgesehen. Damit sollte das Beispiel anderer internationaler Organisation übernommen und die Tagung der Generalversammlung insgesamt politisch aufgewertet werden.

Der Bericht folgt im Übrigen der von der Generalversammlung angenommenen Tagesordnung; beim tatsächlichen Ablauf der Sitzungen wurden allerdings Tagesordnungspunkte zum Teil vorgezogen oder nach rückwärts verschoben, um der Verfügbarkeit der jeweiligen Vorsitzenden und der jeweils zu erwartenden Intensität der Diskussionen Rechnung zu tragen. Detaillierte Angaben über die Inhalte von Beiträgen einzelner Delegationen sind mir diesmal nicht möglich: Meine Notizen, die ich während der Tagung in den Sitzungen angefertigt habe, wurden mir am Morgen des 29. September 2009 auf der Rückfahrt mit den SBB von Genf nach Basel zwischen Yverdon und Neuchatel zusammen mit meinem Laptop und der dazugehörigen Tasche entwendet. Da der offizielle Bericht des Internationalen Büros (IB) über die Tagung bisher nicht – auch nicht in vorläufiger Form (als Prov.-Dokument) vorliegt, kann ich Details lediglich aus dem Gedächtnis rekonstruieren. Herrn MR Li-Feng Schrock vom BMJ hat mir dankenswerterweise eine Kopie seines internen Berichts überlassen, den ich vor allem bei den Ergebnissen zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 17, 19 bis 22, also den mehr technisch-organisatorischen Punkten verwendet habe.

Die Ergebnisse zu den Tagesordnungspunkten, die für GUR von wesentlichem Interesse sind, weichen im Übrigen nicht wesentlich von den Vorschlägen in den vorbereitenden Dokumenten ab. Erklärungen von Delegationsleitern während des sog. High-Level-Segments, das abweichend von den Planungen bis zum Mittag des 24. September andauerte, sind über die Website der WIPO zugänglich. Der Stellvertretende Vorsitzende der Generalversammlung, der tunesische Delegierte Mohamed A. Bdioui, kündigte zwar wiederholt eine abendliche Sondersitzung zur Anhörung der sog. NGOs an, sie kam jedoch wegen der übervollen Tagesordnung nicht zustande.

Das Internationale Büro hat am Schluss der Tagung eine zusammenfassende Presseerklärung über die Ergebnisse herausgegeben; sie ist in der Anlage II wiedergegeben. Weitere Presseerklärungen zu bestimmten Einzelthemen (zum Bericht des Generaldirektors: WIPO Director General Underlines Role of IP in meeting Global Public Policy Challenges“; zum High-Level-Segment: „Ministerial Segment Endorses WIPO’s Engagement with Global Challenges“; zum HMA: Member States Simplify International Design Registration System) sind jeweils tagesaktuell veröffentlicht worden.

Wie auch im vergangenen Jahr war auch diesmal die Tagung so gut besucht, dass zumindest in den ersten Tagen jeder Delegation der Mitgliedstaaten nur zwei Sitzplätze im Großen Sitzungssaal zur Verfügung gestellt wurden und weitere Delegierte darauf angewiesen waren, sich einen Platz im Foyer oder in dem mittelgroßen Sitzungssaal B zu suchen, der von der Sitzverteilung eigentlich vollständig von den zahlreichen Beobachterdelegationen der beteiligten Kreise besetzt werden sollte. Die Verhandlungen im Großen Sitzungssaal wurden auf eine Bildfläche im Foyer und im Kleinen Sitzungssaal übertragen, so dass jederzeit die einzelnen Aktionen auf dem Rostrum und die Interventionen der Delegationen im Großen Sitzungssaal gut verfolgt werden konnten. Wegen der zahlreichen hochrangigen Gäste im Minister- oder Staatssekretärsrang waren die Sicherheitsvorkehrungen diesmal besonders streng, lockerten sich aber im Verlaufe der Tagung. Ausweislich der in Umlauf gebrachten vorläufigen Teilnehmerliste waren insgesamt 167

Mitgliedstaaten und unter der Bezeichnung „Palestine“ eine Beobachterdelegation der Palästinensischen Autonomiebehörde angemeldet und anwesend.

Die Bauarbeiten an dem neuen Verwaltungsgebäude der WIPO an der Route de Ferney, dem sog. „Steiner Lot“, wirkten sich diesmal weniger hinderlich aus, da das Bauwerk bereits das vierte oder fünfte Geschoss über der Erdoberfläche erreicht hat und an manchen Seiten bereits mit Glaswänden ausgestattet wurde. Außerdem war der Zugangsbereich vor dem Hauptgebäude trotz der Schutzvorkehrungen gegenüber der Baustelle diesmal besser zu benutzen als im vergangenen Herbst oder im Frühjahr.

Die deutsche Delegation wurde von dem Leiter der Ständigen Vertretung in Genf, Botschafter Dr. Schweppe, geleitet; das federführende Bundesministerium der Justiz vertraten MDgt Dr. Wichard und MR Schrock. Zeitweilig anwesend waren auch der Präsident des Bundespatentgerichts, Herr Lutz, die Präsidentin des Deutschen Patent- und Markenamtes, Frau Rudloff-Schäffer, und die Leiterin des Referates für Internationale Angelegenheiten im DPMA, Frau RDn Berner.

Die Beobachterdelegationen der großen internationalen Vereinigungen der beteiligten Kreise waren auch diesmal überwiegend mit Vertretern aus dritten Staaten besetzt; für die internationalen und nationalen beteiligten Kreise war ich deshalb der einzige deutsche Vertreter. Es fiel allerdings auch auf, dass z.B. von den sonst sehr zahlreichen Delegierten der nationalen beteiligten Kreise aus den USA nur AIPLA und die Chamber of Commerce of the USA (CCUSA) vertreten waren. INTA war wieder durch den örtlichen Repräsentanten in Genf, Bruno Machado, den zeitweiligen Präsidenten der Beschwerdekammern in Alicante, vertreten. Ein starkes Beobachterkontingent stellten wie üblich die beteiligten Kreise aus Japan.

Gelegenheit zu näheren Kontakten ergaben sich mit GD Edmond Simon (Leiter BOIP, Den Haag), Prof. Albert Tramposch (Deputy Executive Director, AIPLA), Brad Huther (CCUSA), Francois Curchod (CEIPI), Bruno Machado (INTA), Roshan Agarwal (NIPO, New Delhi); mit nationalen Delegierten außer mit der deutschen Delegation mit Zeljko Topic (Kroatien), Dr. Robert Ullrich (Österreich); Prof. Yusuf Balci (Türkei), GD Martti Enäjärvi, Finnland; Claude Sahl (Luxemburg).

Herr Agarwal (NIPO), der eine Zeitlang im Saal B einen Sitzplatz neben mir hatte, äußerte im Anschluss an unsere Gespräche per E-Mail den Wunsch einer Zusammenarbeit zwischen seiner Organisation (National Intellectual Property Organization, der größten indischen Organisation für geistiges Eigentum, deren Vorsitzender Shahid Alikhan, ehemaliger Stv. Generaldirektor, WIPO, ist) und GRUR; darauf ist gesondert zurückzukommen.

Auffällig waren bereits die neue Gliederung und die vorgesehene unübliche Reihenfolge der Tagesordnungspunkte, die die klassischen Themen eher nach hinten verschoben hat. Außerdem sollten die ersten beiden Tage eine „Kick-Off-Veranstaltung“ auf hohem Niveau („High Level Segment“) darstellen. Damit war eine hochrangige politische Debatte unter Beteiligung zahlreicher Minister aus den Mitgliedsländern gemeint (senior policy-making spheres). Tatsächlich handelte es sich im Ergebnis lediglich um etwa 40 hochrangige Würdenträger aus Entwicklungsländern, und zwar auch hier nicht durchweg der Ministerebene zuzuordnende Personen. Eine Reihe der Sprecher waren Stellvertretende Minister oder Staatssekretäre. Von den EU-Mitgliedstaaten waren lediglich vier hochrangig vertreten, nämlich Bulgarien, Kroatien, Malta und die Slowakei. Dieses Segment dürfte trotzdem dazu gedient haben, auch auf der politischen Ebene erhöhte Aufmerksamkeit für die WIPO zu finden.

Die Dokumentation zu den Einzelthemen ist unverändert über die Website der WIPO unter der Adresse (Assemblies of the Member States of WIPO)

http://www.wipo.int/meetings/en/details.jsp?meeting_id=17454

verfügbar. Dort sind auch der vollständige Text des Berichts von GD Gurry, die Statements des scheidenden und des neuen Vorsitzenden und ein Link zu den Erklärungen der Minister, Ministerstellvertreter und Staatssekretäre aus dem High Level Segment zu finden, soweit sie dem Sekretariat übergeben oder sonstwie festgehalten wurden.

Ergebnisse zu den einzelnen Tagesordnungspunkten

Agenda item 1 OPENING OF THE SESSIONS

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: None

Die Tagung der Leitungsorgane der WIPO wurde durch den bisherigen Vorsitzenden der Generalversammlung, den nigerianischen Botschafter Martin I. Uhomoibhi (Permanent Representative of Nigeria to the United Nations in Geneva) eröffnet, der damit seinen letzten offiziellen Auftritt in dieser Funktion absolvierte.

Nach den üblichen Begrüßungsworten wandte er sich an die Delegationsleiter im Minister- oder Staatssekretärsrang und hob die besondere Bedeutung hervor, die Tagung durch ihre Anwesenheit gewinne. WIPO sei darauf angelegt, zur Verwirklichung der Ziele des von den Vereinten Nationen proklamierten Millenniums der Entwicklung beizutragen. Sie solle sich auch den Bedürfnissen der LDCs zuwenden. Das System des geistigen Eigentums müsse eine Plattform für die Abmilderung von Hunger und extremer Armut in vielen Teilen der Welt darstellen. Das System müsse die den einzelnen Menschen berührenden Reizthemen aufnehmen, wie sie der Zugang zu Medizin und Wissen, die Bereitstellung sauberen Trinkwassers, die Ernährungssicherheit und die durch den Klimawandel verursachten Umweltprobleme darstellten.

Die in WIPO behandelten Themen seien oft komplex und böten viele Facetten. In der Annäherung an diese Themen habe man oft den gemeinsamen Zweck aus den Augen verloren. Es sei deshalb nicht gelungen, Übereinstimmung oder notwendige Kompromisse für die inhaltlichen Themen des Urheberrechts, des Patentrechts oder des Schutzes für traditionelle Kenntnisse zu finden. Er bezeichnete es als eine der wichtigsten Aufgaben der Versammlung, dem Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Genetic Resources, Traditional Knowledge and Folklore (IGC) ein neues Mandat zu geben. Die Delegationen seien aufgerufen, insgesamt Auswege aus den Sackgassen (deadlocks) zu finden, in denen die verschiedenen Gremien steckten. Es gebe allerdings einen bestimmten Vorgang, der positive Ausblicke vermittele und das Potenzial dazu habe, die allgemeinen Schwierigkeiten der Organisation zu lösen. Die Verhandlungen über die Development Agenda hätten gezeigt, dass positive Ergebnisse möglich seien. Hier hätten Entwicklungsländer und entwickelte Staaten eng zusammengearbeitet, sie und könnten den gegenwärtigen Stand der Umsetzung der Agenda bereits jetzt als Erfolg verbuchen. Dazu hätten auch die Zivilgesellschaft und die interessierten Kreise ihren Beitrag geleistet.

Seine Ausführungen wurden mit längerem Beifall bedacht, der deutlich machte, dass seine Amtsführung insgesamt positiv gewürdigt worden ist. In der Tat hat er die Sitzungen der Generalversammlung straff und diszipliniert und trotzdem mit der notwendigen Flexibilität und einem guten Schuss Humor geleitet und nicht unwesentlich dazu beigetragen, die schwierigen Jahrestagungen 2007 und 2008 mit der sich anbahnenden vorzeitigen Ablösung von DG Idris und mit der Übernahme der Leitung des IB durch DG Gurry elegant über die Hürden zu bringen.

Agenda item 2 ELECTION OF THE OFFICERS

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The outgoing Chair of the General Assembly

Document: A/47/INF/1 Rev

Auf Grund offensichtlich erfolgreicher Vorabstimmungen wurde als neuer Vorsitzenden der Generalversammlung der Botschafter Argentiniens in Genf, Alberto J. Dumont (für zwei Jahre) gewählt, Stellvertretende Vorsitzende wurden Frau Yesim Baykal, Türkei, und Herr Mohamed A. Bdioui, Tunesien.

Botschafter Dumont beschränkte sich in seinem Eingangsstatement auf einen allgemein gehaltenen Aufruf, die anstehenden Verhandlungen im Geiste der konstruktiven Zusammenarbeit, der Kompromissbereitschaft und „geistiger Weite“ („amplitud de espiritu“) anzugehen. Die Gemeinsamkeit der Interessen sollte den Vorrang erhalten vor etwaigen Gegensätzen, die die Delegationen zu trennen schienen. Die Teilnahme der zahlreichen hochrangigen Delegationsleiter bewiese im Übrigen, welch hoher Stellenwert dem geistigen Eigentum weltweit beigemessen werde. Es sei zu begrüßen, dass die Personen, die in den Regierungen die politischen Ausrichtungen formulierten, hier in der Versammlung vertreten seien.

Agenda item 3 ADOPTION OF THE AGENDA

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: The present document (A/47/1 Prov.4)

Die Tagesordnung war mit insgesamt 40 Punkten diesmal umfangreicher als im Vorjahr. Das beruhte u. a. darauf, dass zum einen über den Zweijahreshaushalt zu entscheiden war und zum anderen Berichte mehrerer Kontroll-Institutionen (Audit Committee, interner Finanzkontrolleur usw.) der Generalversammlung zur Kenntnis zu bringen waren. Die Tagesordnung wurde unverändert angenommen.

Agenda item 4 DIRECTOR GENERAL'S REPORT

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: None

GD Gurry knüpfte zur Einleitung seines Berichts über die Lage der WIPO und die Ergebnisse des vergangenen Arbeitsjahres an die Baustelle vor der Haustür an, die die beste Metapher für das vergangene Jahr abgebe: Man habe beträchtliche Fortschritte gemacht und habe eine solide Struktur errichtet. Es sei aber noch eine Baustelle, und viel Arbeit sei noch zu erledigen, sowohl nach innen, um einen wirklich funktionalen Raum zu schaffen, und nach außen, um ein Gebäude zu schaffen, das offen und anziehend sei für alle, die die Dienste der Organisation in Anspruch nehmen möchten oder auch diejenigen, die einfach im Vorübergehen ihr Bild wahrnehmen möchten.

Im Inneren habe man mit dem „Strategic Realignment Program“ einen Prozess der organisatorischen Erneuerung begonnen. Die grundlegende Dimension dieses Prozesses beziehe sich auf die „corporate culture“ des Sekretariats, innerhalb deren man sich um eine Orientierung auf Dienst und Effizienz bemühe. Das Sekretariat müsse sich ständig die Frage stellen, was man mit einem Bestand von 1300 Bediensteten und 300 Mio. SFR Ausgaben pro Jahr erreiche, und was die Mitgliedstaaten davon hätten, dass sie Teil dieser Organisation seien.

Er skizzierte einige Projekte zur Verbesserung der internen Beschäftigungsbedingungen, darunter ein neues System der Bewertung der Leistungen und der Entwicklung der Bediensteten, die Umsetzung der von den Vereinten Nationen eingeführten Richtlinien für ethisches Verhalten (Code of Ethics), eine komplette Überarbeitung des bereits seit 40 Jahren in Kraft befindlichen Personalstatuts, die Durchsetzung des Prinzips der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit, die Schaffung einer Strategie für die Kundenbetreuung, ein Projekt, die Organisation „carbon-neutral“ (Energiesparmaßnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes) zu machen sowie das Vorhaben,

Behinderten den Zugang zur Organisation zu eröffnen. Er dankte den Bediensteten für die engagierte Arbeit und erwähnte mit besonderem Dank namentlich die Ende November 2009 ausscheidenden Mitglieder des gehobenen Managements, DDG Keplinger, DDG Sabharwal und ADG Rubio sowie den bereits im Frühjahr ausgeschiedenen DDG Petit.

Ein beträchtlicher Aufwand sei noch erforderlich, um die internen administrativen Vorgänge der Organisation zu modernisieren. Insbesondere müssten noch die erforderlichen Strukturen für die Anwendung der Informationstechnologie in Stellung gebracht werden, um ab Januar 2010 den Anforderungen der Internationalen Standards der Rechnungslegung für den öffentlichen Sektor (IPSAS) entsprechen zu können.

Es sei auf Grund der Erfahrungen anlässlich früherer Rezessionen klar, dass infolge der globalen Wirtschaftskrise sich auch die Wachstumsraten bei der Nachfrage nach Schutzrechten des geistigen Eigentums ermäßigt hätten, was sich in den entsprechenden Zahlen niederschläge. Der Rückgang sei vor allem bei den globalen Schutzsystemen, dem PCT, dem Madrider Markenabkommen, dem Haager Musterschutzabkommen und dem Schiedszentrum der WIPO, spürbar geworden, die für 93 % der Einkünfte der Organisation stünden. Deshalb rechne er mit einem negativen Wachstum beim PCT und dem Madrider System im Bereich von etwa 5 bis 10 %. Es sei eine interne „Crisis Management Group“ eingerichtet und eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet worden, um die Kosten zu reduzieren oder einzugrenzen. Er sei deshalb zuversichtlich, dass am Ende des laufenden Zwei-Jahres-Haushalts im Dezember 2009 trotz des Rückgangs eine positive finanzielle Note gesetzt werden könne.

Insgesamt sei deshalb im Entwurf des Programmhaushalts auch für das kommende Biennium ein Rückgang von 1.6 % projiziert worden. Er erwarte, dass die Nachfrage auch zu Beginn des Jahres 2010 zurückhaltend (sluggish) sei, im Verlauf der zweiten Hälfte des kommenden Jahres aber wieder Fahrt aufnehmen und in 2011 positiv sein werde. Er sei zuversichtlich, dass man die negativen Auswirkungen der Krise auf die Organisation im nächsten Biennium ebenso unter Kontrolle halten könne wie jede Veränderung an den bisher zugrunde gelegten Annahmen.

Das erste Thema zur Frage der Außendarstellung der Organisation betreffe Entwicklung und Armutsbegrenzung. Die Erkenntnis, dass die Verbesserung der Möglichkeiten der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) zur Teilnahme an den Errungenschaften der Wissensgesellschaft von entscheidender Bedeutung sei, sei Grundlage der Einrichtung der Development Agenda. Die Idee müsse nunmehr in die Wirklichkeit umgesetzt werden; das erfordere die Bereitschaft zu enger Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und dem IB. Eine Reihe der Projekte der Agenda befänden sich zwar bereits im Stadium der Umsetzung, es sei aber ein Mechanismus zur nahtlosen Koordinierung der einzelnen Schritte wie Projektplanung, Budgetierung und Erfolgskontrolle erforderlich. Die Development Agenda dürfe nicht als Fortsetzung des üblichen Standardprogramms der Entwicklungshilfe angesehen werden.

Die normative Agenda mache keine Fortschritte. Es gebe Blockaden auf vielen Gebieten. Die Fortschrittsrate bei den normsetzenden Aktivitäten stehe in der Tat im umgekehrten Verhältnis zur Geschwindigkeit des technologischen Wandels. Das schaffe erhebliche Risiken für die Organisation. Das schlussendliche Risiko sei, dass die Organisation ihre Rolle in der Schaffung wirtschaftlicher Regeln verliere. Darunter werde die multilaterale Orientierung leiden, und es werde vermehrt auf bilaterale und plurilaterale Lösungen zurückgegriffen werden. Dabei müsse es aber möglich sein, sich in der WIPO in gleicher Weise um die letzten Fortschritte der Technologie ebenso zu kümmern wie um traditionelle Kenntnisse.

Das eine Gebiet, auf dem vermehrtes Engagement der Mitgliedstaaten erforderlich sei, sei der Schutz traditionellen Wissens und traditioneller kultureller Ausdrucksformen. Er appelliere hier an die Delegationen, bei der Erneuerung des Mandats für den IGC, das auf der Tagesordnung stehe, Flexibilität und Kompromissbereitschaft zu zeigen.

Ein zweites Gebiet, das Sorgen bereite, sei die Zukunft des Urheberrechts in der digitalen Umwelt. Er bezweifle, dass die tumultuöse Entwicklung der digitalen Technologie durch Verhandlungen in einem der Ständigen Ausschüsse (gemeint offenbar: der SCCR) erledigt werden könnten. Die Entwicklungen seien von fundamentaler Bedeutung, die die gesamte Welt betreffen. Es sei keine Übertreibung festzustellen, dass es hier um die Finanzierung der Kultur im 21. Jahrhundert gehe. Die Mitgliedstaaten sollten deshalb im kommenden Jahr die Möglichkeit einer Art globaler Konsultation und Reflexion prüfen.

Was den Schutz und die Durchsetzung des geistigen Eigentums angehe, sei es eine verbreitete Ansicht, es handle sich bei dem offensichtlichen Mangel an Respekt vor dem geistigen Eigentum um ein Nord-Süd-Problem. Die Probleme des Urheberrechts in der digitalen Umgebung bewiesen aber, dass es um ein strukturelles und grundlegendes (conceptual) Problem und eine globale Herausforderung gehe, nicht um einen Krieg zwischen Nord und Süd.

Diese Feststellung gelte im Übrigen uneingeschränkt auch für materielle Erzeugnisse. Nachahmung (counterfeiting) sei ein Problem der Globalisierung, verursacht durch offene Märkte, Systeme für den Gütertransport und den freien Verkehr von Personen, Gütern und Kapital. Sie erfasse den gesamten Bereich der menschlichen Produktion, und ihre Ursprünge und Auswirkungen betreffen alle Länder. Er hoffe aber, dass man sich auch als Organisation allmählich in Richtung auf einen Dialog über praktische Wege zur Bekämpfung des Missbrauchs geistigen Eigentums durch den Absatz imitierter Produkte bewegen könne.

Unter den weltweit vernetzten Plattformen für die Entwicklung einer globalen Infrastruktur verdiene – neben der Digitalisierung der nationalen Ämter und der Einrichtung von Technologie- und Innovations-Zentren – der PCT eine besondere Beachtung. Das Projekt einer schrittweisen Entwicklung und Verbesserung (Road Map) der Funktionen des PCT-Systems werde Gegenstand der Beratungen der PCT-Versammlung sein. Es gehe hier nicht um normative Aktivitäten, sondern um die Verbesserung des Funktionierens eines auf Verfahren ausgerichteten Vertrages, der die Patentämter der Welt miteinander verbinde. Mit den Flexibilitäten des TRIPS-Übereinkommens habe die Road Map nichts zu tun. Es solle vielmehr lediglich ein Beitrag dazu geleistet werden, die unhaltbaren Rückstände an unerledigten Patentanmeldungen (4.2 Mio.) in den Griff zu bekommen und die verschiedenen bilateralen oder multilateralen Aktivitäten im Rahmen des PCT zusammenzuführen und zu koordinieren.

Agenda item 5 GENERAL STATEMENTS

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: None

Die Beratungen der Generalversammlung begannen mit den an sich üblichen allgemeinen Erklärungen (General Statements), also den Beiträgen der einzelnen Delegationen. In einer kurz vor den Versammlungen verschickten Zirkularnote waren die Mitgliedstaaten erstmalig zu einer Teilnahme auf Ministerebene aufgefordert worden. Die Reihe der allgemeinen Erklärungen begann daher mit den Statements der dem „High Level Segment“ zuzurechnenden Personen, d.h. der Wortbeiträge von Ministern oder deren Stellvertretern. Inhaltlich unterschieden sie sich allerdings nicht wesentlich von dem, was auch sonst Delegationsleiter vorzutragen pflegen, wie etwa Schwerpunkte der nationalen Aktivitäten auf dem Gebiet des geistigen Eigentums und Wünsche und Forderungen an die WIPO. Bei der fast ausschließlichen Repräsentanz von Entwicklungsländern im „High Level Segment“ ergab sich zwangsläufig eine Fokussierung auf die Interessen der Entwicklungsländer, insbesondere also die Umsetzung der Development Agenda und die Fortführung des Mandats des IGC. Als besonders markant erschien mir der Beitrag des marokkanischen Ministers S.E. Monsieur Khalid Naciri, Ministre de la communication, der sehr nachdrücklich ein umfangreiches Programm der innerstaatlichen Modernisierung im Bereich des geistigen Eigentums vortrug (Mitschrift durch das IB: Dokument a_47_ma.doc auf der Website für die Tagung).

Die unter deutschem Vorsitz in der B-Gruppe abgestimmte allgemeine Erklärung dieser Gruppe wurde während des „High Level Segment“ durch den Leiter der deutschen Delegation, Botschafter Dr. Schweppe verlesen. Die schwedische Ratspräsidentschaft koordinierte die Haltung der EU und gab zu allen wesentlichen Themen Erklärungen ab, die ebenfalls nicht auf Ministerebene vorgetragen wurden.

Agenda item 6 COMPOSITION OF THE WIPO COORDINATION COMMITTEE; ELECTION OF THE MEMBERS OF THE EXECUTIVE COMMITTEES OF THE PARIS AND BERNE UNIONS AND DESIGNATION OF THE AD HOC MEMBERS OF THE WIPO COORDINATION COMMITTEE

Other bodies concerned: WIPO Conference, Paris Union Executive Committee and Berne Union Executive Committee (3)

Presiding Officer: The Chair of the WIPO Conference

Document: A/47/7

Deutschland wird als Mitglied des Exekutivausschusses des Pariser Verbandes (41 Staaten) auch weiterhin dem 83 Mitgliedstaaten umfassenden Koordinierungsausschuss der WIPO angehören. Dieser Entscheidung waren die üblichen informellen Konsultationen vorausgegangen.

Agenda item 7 COMPOSITION OF THE PROGRAM AND BUDGET COMMITTEE

Assembly concerned: General Assembly

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: WO/GA/38/14

Deutschland verbleibt auch in dem 53 Mitgliedstaaten umfassenden Haushaltsausschuss. Für die B-Gruppe gab es insoweit eine Änderung, als die Niederlande ihre Mitgliedschaft zugunsten der Aufnahme Schwedens in das Gremium aufgegeben haben. Auch dieser Entscheidung waren die üblichen informellen Konsultationen vorausgegangen.

Agenda item 8 PROCESS FOR THE SELECTION OF EXTERNAL AUDITOR

Assembly concerned: General Assembly

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: WO/GA/38/15

Die Mitgliedstaaten billigten – entsprechend den vom Programm- und Haushaltsausschuss zuvor gefassten Beschlüssen – das vom Internationalen Büro vorgeschlagene Verfahren, in dem künftig der externe Rechnungsprüfer ausgewählt werden soll. Auf Grund dieses Verfahrens soll den Mitgliedstaaten bei der Generalversammlung im September 2011 ein neuer externer Rechnungsprüfer vorschlagen werden, der Anfang Januar 2012 seine Tätigkeit aufnehmen könnte.

Derzeit wird die externe Rechnungsprüfung – wie seit Beginn der Vorgängerorganisation (BIRPI) von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) durchgeführt. Die neuen, 2007 beschlossenen Finanzvorschriften der WIPO sehen aber vor, dass die externe Rechnungsprüfung zwar von den „General Auditors“ eines Mitgliedslandes wahrgenommen, im Übrigen aber auch grundsätzlich rotieren und der externe Rechnungsprüfer in einem Ausschreibungsverfahren ermittelt werden soll. In einer Peer-Kontrolle der EFK durch den Bundesrechnungshof wurde übrigens 2005 deren Prüfungstätigkeit für internationale Organisationen wie die WIPO als positiv beurteilt.

Agenda item 9 REPORT OF THE WIPO AUDIT COMMITTEE SINCE 2008; COMPOSITION OF THE WIPO AUDIT COMMITTEE

Assembly concerned: General Assembly

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Documents: WO/GA/38/2 and 16

Der Generalversammlung wurde von zwei Mitgliedern des WIPO Audit Committee, Herrn Geoffrey Drage und Herrn Khalil Othman, auf der Grundlage der Bezugsdokumente mündlich Bericht erstattet. Der Ausschuss ist erst im Herbst 2005 durch Beschluss der Generalversammlung eingerichtet worden. Der Vorsitzende erinnerte daran, dass der Ausschuss in einer besonders schwierigen Phase der Organisation im Vorfeld eines vorzeitigen Wechsels in der Leitung des IB gegründet worden sei, weil die interne Kontrolle sich als offensichtlich unzureichend erwiesen habe. Der Ausschuss habe die damals von Mitgliedstaaten vorgetragene massiven Kritikpunkte in Zusammenarbeit mit dem externen Rechnungsprüfer, der internen Kontrolleinheit und der Joint Inspection Unit der UN nachgeprüft und zahlreiche Empfehlungen an den Haushaltsausschuss und an die Mitgliedstaaten gerichtet. Diese seien aber bisher nur zum Teil umgesetzt. Sein Mandat gehe jedenfalls eindeutig über eine bloße Rechnungsprüfung hinaus. Die Besetzung mit 9 Mitgliedern in weltweiter Zerstreuung sei einer effizienten Arbeit nicht besonders förderlich.

Um die Bedeutung des Ausschusses und die Breite seines Mandats zu unterstreichen schlug er vor, das Gremium in "WIPO Independent Advisory Oversight Committee" umzubenennen. Die Zusammenarbeit des Rechnungsprüfungsausschusses mit der internen Revisionsabteilung und der externen Rechnungsprüfung sowie das Zusammenspiel von Ausschuss und Mitgliedstaaten wurden als verbesserungsbedürftig kritisiert. Deshalb wurde u. a. die Einrichtung eines Exekutivausschusses mit ca. 12 bis 16 Mitgliedstaaten angeregt, der zwischen den Sitzungen des Programm- und Haushaltsausschusses mit dem Audit Committee Kontakt halten und bei Bedarf tätig werden soll.

Es wurden hierzu aber noch keine Beschlüsse gefasst. Die Generalversammlung verlängerte lediglich das Mandat der neun Ausschussmitglieder um ein weiteres Jahr bis Ende 2010. Weitere zu treffende Entscheidungen sollen von einer Arbeitsgruppe vorbereitet werden. Der Vorsitzende des AC war ersichtlich enttäuscht, dass sich keine der Delegationen zu seinen Vorschlägen äußerte. Das IB (Favatié) hielt sich mit eigenen Stellungnahmen zurück und verwies nur wiederholt darauf, dass der AC ja den Mitgliedstaaten verantwortlich sei.

Agenda item 10 ADMISSION OF OBSERVERS

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: A/47/8

Wie bereits in früheren Jahren wurden – ohne Aussprache – auf der Grundlage der vom Internationalen Büro zur Verfügung gestellten Informationen einige zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen als Beobachter zugelassen. Es handelte sich bei den Regierungsorganisationen um das „Nordic Patent Institute (NPI)“ und die „Organization of Eastern Caribbean States (OECS)“. Als internationale Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) wurden zugelassen: Education International (EI); Royal Institute of International Affairs (Chatham House); Southern and Eastern Africa Copyright Network (SEACONET); als nationale NROs: Corporación Latinoamericana de Investigación de la Propiedad Intelectual para el Desarrollo (Corporación Innovarte); The International Intellectual Property Society (IIPS); The Italian Library Association (AIB); First Institute Inventors and Research Institute (FIRI).

Agenda item 11 APPROVAL OF AGREEMENTS

Other body concerned: WIPO Coordination Committee

Presiding Officer: The Chair of the Coordination Committee

Document: WO/CC/62/3

Unter diesem Tagesordnungspunkt billigte der WIPO-Koordinierungsausschuss eine Vereinbarung des Internationalen Büros mit der brasilianischen Regierung über das externe Büro der WIPO in Brasilien. Der Punkt veranlasste einige Entwicklungsländer, ebenfalls ein externes Büro der WIPO für sich zu fordern. GD Gurry erläuterte, dass es sich bei dem Büro in Brasilien um eine

Sondersituation handle, die nicht als Beispiel dienen könne. Die Einrichtung weiterer Vertretungen der WIPO bedürfe der sorgfältigen Klärung der personellen und finanziellen Erfordernisse.

Agenda item 12 PROGRAM PERFORMANCE REPORT FOR 2008

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: A/47/2

Der rund 130 Seiten umfassende „Program Performance Report“ für das vergangene Jahr, mit dem sich zuvor bereits der Programm- und Haushaltsausschuss (PBC) befasst hatte, wurde von der Generalversammlung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Agenda item 13 INTERIM FINANCIAL STATEMENT REPORT FOR 2008; ARREARS IN CONTRIBUTIONS AS OF SEPTEMBER 2009

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Documents: A/47/4 and 5

Die Generalversammlung nahm auch den Finanzbericht und die Darlegung der Beitragsrückstände der Mitgliedstaaten entsprechend einer Empfehlung des Programm- und Haushaltsausschusses zur Kenntnis. Nach Mitteilung des Internationalen Büros sind die Beitragsrückstände insgesamt zurückgegangen.

Agenda item 14 PROPOSED PROGRAM AND BUDGET FOR 2010-2011 BIENNIUM

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: A/47/3

Die Generalversammlung billigte den Programm- und Haushaltsentwurf für die Jahre 2010/11 mit den vom Programm- und Haushaltsausschuss zuvor beschlossenen Änderungen hinsichtlich der Beschreibung bestimmter Programme und hinsichtlich der Verwendung von zuvor als „unallocated“ ausgewiesenen Mitteln für die Umsetzung der *Development Agenda*. Dabei wurde die Verringerung des Gesamtvolumens um 1,6 % beibehalten. Hierauf hatte vor allem die B-Gruppe schon bei den Verhandlungen im Programm- und Haushaltsausschuss besonderen Wert gelegt. Auf eine Intervention Spaniens hin wurde beim Programm 27 (Konferenz- und Sprachendienst) noch folgender Satz eingefügt: *“Upon the specific request of Member States the Secretariat will improve the timely availability of documents in the appropriate WIPO official languages for its meetings.”* Das spanische Petitum war Anlass dafür, dass die endgültige Billigung des Haushalts mehrfach aufgeschoben wurde, da sich der spanische Delegierte nicht in der Lage sah, seine Forderung inhaltlich zu konkretisieren und sich wiederholt darauf berief, Weisung aus Madrid einholen zu müssen. Anlass für das Petitum war die Beschwerde, dass die spanischsprachigen Dokumente regelmäßig erst spät vor den Sitzungen verteilt würden und die spanische Sprache damit diskriminiert werde.

Das Vorwort des Generaldirektors zu dem Programm- und Haushaltsentwurf ist als Anlage III b beigelegt. Es enthält eine gedrängte Übersicht über die wichtigsten Haushaltsansätze und Projekte.

Agenda item 15 PROGRESS REPORT ON THE IMPLEMENTATION OF IT MODULES TO ESTABLISH COMPLIANCE WITH THE NEW FINANCIAL REGULATIONS AND RULES AND IPSAS

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: A/47/9

Die Generalversammlung nahm einen Bericht zum Stand der Einführung des neuen Prüfungsstandards IPSAS zur Kenntnis, der einem von den Vereinten Nationen eingeführten neuen Bilanzierungsstandard entspricht. Der neue Standard erhöht die Transparenz hinsichtlich der

Aktiva und Passiva der Organisation und ihrer finanziellen Situation. Soweit er sich auf einzelne Haushaltsansätze auswirkt, hat das Internationale Büro dies in dem nunmehr verabschiedeten Zweijahreshaushalt für 2010/11 bereits berücksichtigt.

Agenda item 16 PROPOSAL FOR REVISION OF THE FINANCIAL REGULATIONS AND RULES (FRR)

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: A/47/6

Die Generalversammlung beschloss erneut verschiedene Änderungen der WIPO-Finanzvorschriften. Dabei ging es zum einen um Folgeänderungen der Einführung des neuen Prüfungsstandards IPSAS. Zum anderen wurde im Anschluss an die Regelung über Umschichtungen durch den Generaldirektor (im Rahmen von 5 % des aufzustockenden Programms oder 1 % des gesamten Haushaltsvolumens) als neue Regel 5.6 eine Klarstellung aufgenommen, wonach Anpassungen (flexibility adjustments) bei den internationalen Registrierungssystemen (PCT, Madrid, Haag) nach den Vorgaben des jeweils zur Entscheidung berufenen Verbandes zulässig sind. Die der bisherigen Praxis entsprechende Regelung lautet:

a. In the implementation of the program and budget, the Director General shall have the flexibility to make upward or downward adjustments to the resources appropriated for the operations of the PCT, Madrid and Hague systems, and for WIPO programs providing administrative support to these operations.

These adjustments shall be made in accordance with the methodology and formula(e) approved by the respective assemblies of the PCT, Madrid and Hague Unions, and presented in the proposed program and budget for the relevant financial period.

Agenda item 17 STATUS OF UTILIZATION OF RESERVES

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: A/47/10

Die Generalversammlung nahm einen Statusbericht des Internationalen Büros zu den Reserven zur Kenntnis. Zur künftigen Verwendung der über dem angestrebten Betrag von 18% der budgetierten Gesamtausgaben liegenden Reserven (Ende Juni 2009: 235,8 Mio. SFR; Ziel: 117,9 Mio. SFR) kündigte das IB für die nächste Sitzung des Programm- und Haushaltsausschusses die Vorlage eines Konzept- und Strategiepapiers an.

Agenda item 18 THE NEW CONSTRUCTION PROJECT; NEW CONFERENCE HALL PROJECT 1

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Documents: A/47/11, 12 and 13

Dieser Tagesordnungspunkt wurde mit einer Präsentation durch Herrn Behnisch vom Architekturbüro Behnisch, Stuttgart, eingeleitet, das mit der Planung und Durchführung dieses Bauvorhabens beauftragt ist. Außerdem lag dazu eine von dem Architektenbüro entworfene Broschüre mit zahlreichen Plänen und Computersimulationen über das künftige Aussehen der WIPO vor.

Es besteht kein Zweifel, dass sich Aussehen und Wirkung der Gebäudegruppe der WIPO und insbesondere des Arpad-Bogsch-Gebäudes von der Place des Nations her in dem gegebenen Kontext (Einfügung zwischen AB-Gebäude und dem neuen Verwaltungsgebäude an der Route de

¹ The Architect Firm BEHNISCH will make a presentation on September 24, 2009

Ferney) beträchtlich ändern wird. Völlig verändern wird sich vor allem der Zugangsbereich mit dem Springbrunnen vor dem Hauptgebäude, da er durch die Halle komplett überbaut werden wird. Herr Behnisch hob hervor, dass die für die Halle vorgesehene Holzkonstruktion in besonderem Maße den modernen Ansprüchen an ökologisches, umweltgerechtes Bauen genüge. Ähnlich sei man auch bei dem Konferenzgebäude der WTO vorgegangen. Sie entspreche daher auch dem „Carbon-Neutrality“-Projekt der WIPO. Die Halle sei im Übrigen so konzipiert, dass sie einer Nutzung durch Dritte zugänglich gemacht werden könne und damit der allgemein starken Nachfrage in Genf nach Konferenzräumen entsprechen werde.

Entsprechend dem Votum des Haushaltsausschusses nahm die Generalversammlung vom Baufortschritt des neuen Verwaltungsgebäudes Kenntnis und stimmte dem Vorschlag des IB im Konsens zu, das Bauvorhaben um einen neuen Konferenzsaal zu erweitern. Der Konferenzsaal soll 64 Mio. Schweizer Franken kosten und bis Ende 2012 fertig gestellt sein. Etwa ein Drittel der Baukosten (24 Mio. SFR) soll durch einen Rückgriff auf die Reserven der WIPO, der Rest soll durch einen Baukredit finanziert werden.

Das Vorhaben wurde besonders von Delegationen der Entwicklungsländer nachdrücklich befürwortet, die immer wieder auf den zusätzlichen Raumbedarf für die internen Abstimmungen innerhalb der regionalen Gruppen hinwiesen. Mahnende Stimmen erhoben sich von Seiten einiger Delegationen der B-Gruppe, darunter die USA und Frankreich, die die Frage stellten, ob das Projekt in die gegenwärtige kritische Lage der Weltwirtschaft und die Situation vor Ort passe. Es wurde auch gefragt, welche Nutzungsinteressen von dritter Seite erkennbar seien und warum ein Kredit aufgenommen werde, obwohl das Vorhaben auch aus den Rücklagen finanziert werden könne. Das IB (Favatier) wies darauf, dass das Projekt bereits 2002 im Grundsatz von der Generalversammlung gebilligt worden sei, dass die allgemeinen Bedingungen sich nicht geändert hätten und dass die gegenwärtigen Konditionen für den Kredit sogar besonders günstig seien, zumal die Zinsen nur unwesentlich höher seien als die derzeit erzielte Verzinsung der Rücklagen.

Agenda item 19 PROGRESS REPORT ON THE PROJECT TO UPGRADE THE SAFETY AND SECURITY STANDARDS FOR THE EXISTING WIPO BUILDINGS

Assemblies and other bodies concerned: All
Presiding Officer: The Chair of the General Assembly
Document: A/47/14

Die Generalversammlung nahm die Planungen des Internationalen Büros zum Ausbau der Sicherheitseinrichtungen zur Kenntnis. Damit soll verschärften Sicherheitsanforderungen der Vereinten Nationen entsprochen werden.

Agenda item 20 THE CARBON NEUTRALITY PROJECT

Assembly concerned: General Assembly
Presiding Officer: The Chair of the General Assembly
Document: WO/GA/38/11

Die Generalversammlung nahm den Sachstand eines Fünfjahresplans zur Kenntnis, bei dem es um ein Bündel von Maßnahmen geht, durch die umweltgerechte Bedingungen bei der Unterhaltung und Ausstattung der Gebäude und bei der Erledigung von Dienstgeschäften durch die Bediensteten gefördert werden soll. Das IB will damit dazu beitragen, einen eigenen „green footprint“ zu entwickeln.

Agenda item 21 SUMMARY ANNUAL REPORT OF THE DIRECTOR OF THE INTERNAL AUDIT AND OVERSIGHT DIVISION

Assembly concerned: General Assembly
Presiding Officer: The Chair of the General Assembly
Document: WO/GA/38/1

Der Leiter der Internal Audit and Oversight Division (IAOD) der WIPO, die im Jahre 2000 eingerichtet worden ist, erstattete mit dem Bezugsdokument, dessen wesentlichen Inhalt er auch mündlich vortrug, der Generalversammlung den üblichen Jahresbericht. Der Bericht war im Grundton sehr kritisch angelegt. Dabei beklagte er vor allem Personalmangel in seinem Arbeitsbereich, eine Überlastung der Direktion durch die zunehmende Zahl von internen Ermittlungsverfahren, erhebliche Rückstände in der Umsetzung der Empfehlungen des externen Auditors (zur Zeit noch die Eidgenössische Finanzkontrolle EFK) und des Audit Committeees sowie eine nicht ausreichende Risikokontrolle für verschiedene Projekte.

Agenda item 22 STAFF MATTERS

Other body concerned: WIPO Coordination Committee

Presiding Officer: The Chair of the Coordination Committee

Documents: WO/CC/62/1 and 2

Der Koordinierungsausschuss billigte unter chilenischem Vorsitz (Herr Mario Matus) - ohne Aussprache - eine Reihe von Änderungen des Personalstatuts (*Staff Regulations*) mit Anpassungen an den Standard im UN-System und nahm von entsprechenden Änderungen der *Staff Rules* Kenntnis. Herr Vladimir Yossifov wurde zum Mitglied des *WIPO Staff Pension Committee* gewählt. Anschließend erhielt der Vorsitzende der Personalvertretung (*Staff Council*), Herr Jan Van Hecke Gelegenheit, sich im Namen der Mitarbeiter des Internationalen Büros mit einer Ansprache an die Vertreter der Mitgliedstaaten zu wenden. Er hob hervor, dass das seit dem Amtsantritt des neuen GD ins Positive gewandelte Arbeitsklima im IB nach wie vor von den Bediensteten geschätzt werde und dass Loyalität und Engagement gestärkt worden seien.

Agenda item 23 : REPORT OF THE COMMITTEE ON DEVELOPMENT AND INTELLECTUAL PROPERTY (CDIP)

Document: WO/GA/38/3

Über die letzte Sitzung des Ausschusses für Entwicklung und geistiges Eigentum (CDIP), die vom 27. April bis 1. Mai 2009 stattgefunden hat, berichtete der in dieser Sitzung erneut zum Vorsitzenden gewählte Botschafter Trevor C. Clarke (Barbados). Herr Clarke wird übrigens ab 1. Dezember 2009 seinen Dienst bei der WIPO als Assistant Director General (ADG) antreten. Er soll dort für das Urheberrecht zuständig sein.

Grundlage seines Berichts war das vom IB erstellte Bezugsdokument, das inhaltlich mit dem zum Abschluss der Ausschusssitzung vereinbarte „Summary of the Chair“ identisch ist. Der Verlauf der Sitzung kann zudem aus dem vorläufigen Bericht der Sitzung des Ausschusses (Dokument CDIP/3/9 Prov. 2) erschlossen werden, der – ohne die Teilnehmerliste - 183 Seiten umfasst und der 4. Sitzung des Ausschusses zur Genehmigung (16. bis 20. November 2009) vorgelegen hat. Der Ausschuss hat sich danach mit dem Stand der Umsetzung der Development Agenda und ihrer insgesamt 45 Empfehlungen befasst. Nach sehr gegensätzlichen und langwierigen Diskussionen, die vor allem von den Delegationen der Entwicklungsländer bestritten wurden, zeichnete sich als allgemeine Linie ab, einige der 45 Empfehlungen zu Themenkomplexen und entsprechenden Projekten zusammenzufassen (Auszug aus dem Summary):

- i) Intellectual Property and the Public Domain, grouping recommendations 16 and 20;
- ii) Intellectual Property and Competition Policy, grouping recommendations 7, 23 and 32; and
- iii) Intellectual Property, Information and Communication Technologies, the Digital Divide and Access to Knowledge, grouping recommendations 19, 24 and 27.

Eine Standardforderung der Entwicklungsländer ist, die Entwicklungsperspektive in sämtliche Aktivitäten der WIPO als wesentliches Element einfließen zu lassen („mainstreaming of the Developing Agenda“).

Aus dem Beitrag von GD Gurry in der Ausschusssitzung ist zu entnehmen, dass er für die Begleitung der Development Agenda eine eigene Direktion eingerichtet hat, die ihm persönlich unterstellt ist. Sowohl hieraus als auch aus seinem einleitenden Bericht in der Generalversammlung ist zu erkennen, dass er der Umsetzung der Development Agenda hohe Priorität einräumen will. Die Bedeutung, die den Ausschussberatungen bei den Mitgliedstaaten beigemessen wird, ergab sich u. a. auch daraus, dass die einleitende Stellungnahme der B-Gruppe vom deutschen Botschafter Dr. Schweppe vorgetragen wurde, der die Leitung der deutschen Delegation innehatte.

Keine Einigung erzielte der Ausschuss über die Frage, wie die Arbeiten des CDIP mit den Beratungen der übrigen Ausschüsse koordiniert und wie die Umsetzung der Empfehlungen und Projekte vom Ausschuss begleitet, ausgewertet und zum Gegenstand von Berichten gemacht werden sollte. Dieses Thema wurde daher in der Generalversammlung sehr kontrovers geführt, zumal auch bereits unterschiedliche Positionen der Länder-Gruppen in Form von schriftlichen Vorschlägen für die nächste Sitzung des CDIP (November 2009) beim IB eingereicht worden waren. Der Vorsitzende hatte hierfür eine Frist zum 30. Juni 2009 vorgeschlagen. Erwartungsgemäß hat auch die Generalversammlung keine Einigkeit über die Prozeduren erzielt und den Ball an den Ausschuss zurückgespielt. Demnach lautet das zusammenfassende Ergebnis zu diesem Tagesordnungspunkt wie folgt:

“The General Assembly took note of the Report and urged the CDIP to endeavor to reach an agreement on a coordination mechanism for monitoring, assessing and reporting on the implementation of recommendations and report to the General Assembly at its 2010 session.”

Nach Informationen über die 4. Sitzung des Ausschusses ist auch dort bisher keine Einigung über die anzuwendenden Verfahren erzielt worden. Die Forderung einiger Entwicklungsländer, dass die übrigen bei der WIPO eingerichteten Ausschüsse dem CDIP direkt über ihre Ergebnisse berichten sollten, wurde von den Delegationen der B-Gruppenländer abgewehrt, weil damit das ausgewogene Verhältnis zwischen CDIP und den übrigen Ausschüssen in Frage gestellt werden würde.

Es ist im Übrigen daran zu erinnern, dass das Thema einer WIPO Development Agenda zuerst 2004 von den "Friends of Development" angestoßen worden ist. Es konnte auf der Grundlage eines Berichts des „Vorläufigen Ausschusses über Vorschläge für eine WIPO Entwicklungs-Agenda“ (PCDA), A/43/13 Rev, in der WIPO-Generalversammlung im Herbst 2007 aus der Sicht der Entwicklungsländer erfolgreich abgeschlossen werden. Das Projekt wurde, wie in dem damaligen Bericht umschrieben, im Konsens gebilligt. Die Umsetzung des Beschlusses war zunächst durch die fehlende Billigung des Haushaltsvoranschlags für 2008/2009 in Frage gestellt; dieses Problem ist seit der positiven Beschlussfassung der Generalversammlung und der anderen Versammlungen der von der WIPO verwalteten Verbände Ende März 2008 über den Haushalt erledigt.

Da auch die sog. „Flexibilities“ und die „Public Interest Elements“ des TRIPS-Übereinkommens Gegenstand der Arbeiten unter der Development Agenda sein werden, ist unverändert eine sorgfältige Beobachtung der Tätigkeit dieses Ausschusses geboten. Zudem machen sich auch in den übrigen Gremien der WIPO ständig die Querverweise und Bezugnahmen auf die Agenda bemerkbar. Die Entwicklungsländer versuchen hier mit großem Nachdruck, die Implementierung der Agenda in eigener Regie voranzutreiben. Eine bedeutende Rolle spielt dabei der Umstand, dass bei den Entwicklungsländern diese Fragen zunehmend von den Bediensteten der Ständigen Vertretungen wahrgenommen werden, die durch ihre Teilnahme an den verschiedenen Ausschüssen einen Informationsvorsprung über die verschiedenen Aktivitäten innerhalb der WIPO oder auch in der WTO, WHO und UNCTAD haben, ohne sich eine vertiefte Sachkenntnis der einzelnen Themenbereiche aneignen zu können. Dieser Umstand ist mitverantwortlich für eine stärkere Politisierung der Arbeiten in der WIPO und die häufigen Unterbrechungen der Sitzungen, wenn in kleinem Kreis nach politischen Kompromissformulierungen gesucht werden soll.

**Agenda item 24: REPORT ON THE WORK CONCERNING THE
ADVISORY COMMITTEE ON ENFORCEMENT (ACE)**

Document: WO/GA/38/4

Der wesentliche Inhalt des Bezugsdokuments wurde von DDG M. Keplinger vorgetragen, der das IB zum 30. November 2009 verlassen wird. Er berichtete in allgemeiner Form über die Tätigkeiten der WIPO auf dem Gebiet der Durchsetzung von Schutzrechten des geistigen Eigentums, insbesondere über die „Global Congresses on Combating Counterfeiting and Piracy“, von denen der nächste im Dezember 2009 ansteht. Im Rahmen der vom IB im Bezugsdokument vorgeschlagenen Kenntnisnahme von dem Bericht über die Arbeit des ACE stimmte die Generalversammlung der Anregung Ägyptens zu, die Tagesordnung der 5. Sitzung des ACE vom 2. bis 4. November 2009 um den Punkt „*Global Congress on Combating Counterfeiting and Piracy*“ zu ergänzen (inzwischen geschehen durch WIPO/ACE/5/1 Prov. Rev. Mit TOP 5; die „Conclusions of the Chair“ für diese Sitzung – Dokument WIPO/ACE/5/11 v. 4.11.2009 lassen allerdings nicht erkennen, dass dieses Thema konkret behandelt worden wäre.).

**Agenda item 25: REPORT ON THE WORK OF THE STANDING
COMMITTEE ON COPYRIGHT AND RELATED RIGHTS (SCCR)**

Document: WO/GA/38/5

Der Inhalt des Bezugsdokuments (siehe dazu meinen Vorbericht vom 20. September 2009 mit Auszügen aus dem Dokument) wurde von dem für den urheberrechtlichen Bereich des IB zuständigen DDG Keplinger vorgetragen, der in neutraler Form über die bisherigen Arbeiten des SCCR berichtete. Der abschließende Beschlussvorschlag sieht zunächst Kenntnisnahme von dem Bericht vor. Zusätzlich sollte aber der Ausschuss ermutigt werden, die Beratung der bisherigen Themen (protection of audiovisual performances; protection of broadcasting organizations; limitations and exceptions) fortzusetzen. Über die 18. Sitzung des SCCR hat Prof. Dr. Flehsig, Vertreter von GRUR in der genannten Sitzung, mit Schreiben vom 9. Juni 2009 einen Bericht vorgelegt, der auch über die Website von GRUR verfügbar ist. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet vom 14. bis 18. Dezember 2009 statt. Wie in dem Bezugsdokument angekündigt, hat das IB unter dem 19. November 2009 ein „Background document on the main questions and positions“ – SCCR/19/9 – erstellt, das sich allerdings nur mit dem Schutz audiovisueller Darstellungen befasst, die bisherigen Bemühungen um die vertragliche Fixierung dieses Schutzes darstellt und im Anhang einen kompletten Entwurf eines „Provisional Agreement on a WIPO Audiovisual Performances Treaty“ enthält. Man darf wohl annehmen, dass der Ruf noch einer Diplomatischen Konferenz über den Entwurf verstärkt vorgetragen werden wird.

Am 8. September 2009 hatten bereits informelle, ergebnisoffene Konsultationen zur Frage des Schutzes audiovisueller Darstellungen stattgefunden, die von Ositadinma Anaedu, Gesandter in der Genfer Botschaft Nigerias, geleitet wurden. Herr Anaedu erstattete der Generalversammlung mündlich Bericht über die Ergebnisse dieser Konsultationsrunde, an der auch Filmproduzenten und Filmdarsteller beteiligt waren. Eine Reihe von Delegationen der Mitgliedstaaten der WIPO hat dabei empfohlen, der SCCR sollte in seiner nächsten Sitzung die Einberufung einer Diplomatischen Konferenz beschließen.

**Agenda item 26: REPORT ON THE WORK OF THE STANDING
COMMITTEE ON THE LAW OF PATENTS (SCP)**

Document: WO/GA/38/6

Der Inhalt des Bezugsdokuments wurde von Herrn Baechtold, dem Sekretär des Ständigen Ausschusses für Patentrecht vorgetragen. Er berichtete über die bisherige Arbeit des SCP, insbesondere dessen letzte Sitzung vom 23. bis 27. März 2009. Behandelt wurden als Hauptthemen die im Arbeitsprogramm für den Ausschuss mit einer gewissen Mühe vereinbarten Punkte

“- Dissemination of patent information (*inter alia* the issue of a database on search and examination reports);

- Exceptions from patentable subject matter and limitations to the rights, *inter alia* research exemption and compulsory licenses;
- Patents and standards;
- Client-attorney privilege”;

Diese Themen wurden in der letzten Sitzung des SCP vom 23. bis 27. März 2009 eingehend erörtert, s. dazu auch meinen ausführlichen Bericht. In der anschließenden Diskussion meldeten sich neben Indien überwiegend lateinamerikanische Delegationen zu Wort, wobei sich das besondere Interesse an den „exceptions and limitations“ wie ein roter Faden durch die Beiträge zog. Positiv wurde auch die „Conference on Intellectual Property and Public Policy Issues vom 13. und 14. Juli 2009“ erwähnt, in der z.B. auch die WTO hochrangig (GD Lamy) vertreten war. Die Entwicklungsländer fühlten sich hier offenbar bei ihrem Vorhaben unterstützt, die „flexibilities“ des TRIPS-Übereinkommens mit Hilfe der WIPO auszuloten. Die Haltung der Europäischen Union wurde von der schwedischen Ratspräsidentschaft in vier Sätzen im Sinne einer positiven Bewertung der Arbeit des Ausschusses zusammengefasst und von Norwegen unterstützt.

Über den Beschlussvorschlag des IB hinaus (Kenntnisnahme von dem Bericht) wurden keine weiteren Entscheidungen der Generalversammlung zur Arbeit des SCP getroffen. Offensichtlich besteht allseits die Bereitschaft, die bisher begonnene Linie fortzusetzen. Eine Wiederaufnahme der Diskussionen zur Harmonisierung der Grundbegriffe des materiellen Patentrechts im Rahmen der WIPO ist vorerst nicht zu erwarten. „Harmonisierung“ ist offenbar überhaupt das negativ besetzte „Schibboleth“ der Delegationen der Entwicklungsländer. Es scheint sie auch zu irritieren, dass die Beratungen B+Gruppe über eine Harmonisierung materiellrechtlicher Grundbegriffe des Patents im Umfeld der Jahrestagung der WIPO fortgeführt wurden.

Agenda item 27: REPORT ON THE WORK OF THE STANDING COMMITTEE ON THE LAW OF TRADEMARKS, INDUSTRIAL DESIGNS AND GEOGRAPHICAL INDICATIONS (SCT)

Documents: WO/GA/38/7 and 8

Das IB berichtete in gedrängter Form über die Ergebnisse der letzten Sitzung des SCT, in denen rechtsvergleichend Felder einer möglichen Konvergenz der teilnehmenden Staaten hinsichtlich der Harmonisierung („convergence“) von markenrechtlichen Regelungen oder Praktiken (Wiedergabe neuer Markenformen und markenrechtliche Widerspruchsverfahren) erörtert und definiert worden sind. Die Ergebnisse waren Gegenstand der beiden Bezugsdokumente. Gemäß den Beschlussvorschlägen des IB (Kenntnisnahme) nahm die Generalversammlung von den beiden Berichten Kenntnis. Weitere Entscheidungen wurden nicht getroffen. Die Arbeit des SCT wird daher auf der bisherigen Linie fortgesetzt werden (Ermittlung weiterer Felder von Konvergenz).

Agenda item 28: REPORT ON THE WORK OF THE INTERGOVERNMENTAL COMMITTEE ON INTELLECTUAL PROPERTY AND GENETIC RESOURCES, TRADITIONAL KNOWLEDGE AND FOLKLORE (IGC)

Document: WO/GA/38/9 and 17

Die Generalversammlung nahm die Beratungen über dieses Thema erst am 28. September 2009 auf. Gemäß den einleitenden Ausführungen von GD Gurry in seinem allgemeinen Bericht und den „General statements“ der Entwicklungsländer insbesondere auf ministerieller Ebene erwies sich dieser TOP als der schwierigste Gegenstand der gesamten Tagesordnung. Er war daher am Abend des 28. September 2009 Anlass zu einer der wenigen Nachtsitzungen der diesjährigen Tagung der Generalversammlung und wurde auch am 29. und 30. September 2009 noch weiter diskutiert. Mit dem Bezugsdokument WO/GA/38/9 hatte das Internationale Büro neutral über den Verlauf der bisherigen Sitzungen des Ausschusses berichtet und hervorgehoben, dass bisher eine Einigung über die künftige Arbeit des Ausschusses und die Verlängerung des Mandats nicht gelungen sei. Dieser Tenor bestimmte auch den ergänzenden mündlichen Bericht des Vorsitzenden des IGC, der die letzte Sitzung des Ausschusses vom 29. Juni bis 3. Juli 2009 geleitet hatte.

In den Redebeiträgen der Delegationen von Entwicklungsländern wurde immer wieder die Stimmungslage tiefer Frustration hervorgehoben. Sie habe sich bei ihnen ausgebildet, weil es nicht möglich gewesen sei, auf diesem für sie besonders wichtigen Gebiet, bei dem es um ihr spezifisches Erbe gehe, eine Einigung zu erzielen und die Blockadesituation aufzulösen (Ecuador für GRULAC; Tunesien für die Afrikanische Gruppe; Pakistan für die Asiatische Gruppe). Sie forderten immer wieder, den Schutz in einem oder mehreren verbindlichen völkerrechtlichen Instrumenten zu verankern und die Vorbereitungsarbeiten dafür unverzüglich aufzunehmen. Diese Haltung wurde in zahlreichen Einzelinterventionen bekräftigt. Wenn es nicht gelinge, auf diesem Gebiet Ergebnisse zu erzielen, werde WIPO marginalisiert werden (Pakistan).

Schweden, als Sprecher der Mitgliedstaaten der EU, äußerte Verständnis für die Enttäuschung der Entwicklungsländer, führte das eigene Dokument WO/GA/38/17 vom 31. August 2009 ein und stellte seinerseits die starke Beunruhigung der EU-Staaten über die fehlende Einigung heraus. Auf jeden Fall müsse das Mandat des IGC verlängert werden. Als vorläufige Lösung schlug die schwedische Delegation eine EntschlieÙung der Generalversammlung über die Wertschätzung traditioneller Kenntnisse und genetischer Ressourcen vor; sie solle aber kein Ersatz für das von den Entwicklungsländern geforderte „legally binding international instrument“ sein.

Unter dem persönlichen Einsatz des Vorsitzenden der Generalversammlung und nach zahlreichen informellen Diskussionen wurde schließlich am 30. September 2009 Einigung über einen Text erzielt, der in vollem Umfang auch die Entwicklungsländer zufriedenstellte. Die Einigung wurde von DG Gurry mit besonderem Nachdruck befürwortet und in der abschließenden Presseerklärung des IB über die Ergebnisse der diesjährigen Generalversammlung ausführlich dargestellt. Der Text der EntschlieÙung ist als Anlage IV zu diesem Bericht wiedergegeben. Es dürfte damit zu rechnen sein, dass über die einzelnen vom IGC behandelten Themen gesonderte völkerrechtliche Vereinbarungen anvisiert werden, da der Schutz der „Genetic Resources“ praktisch ausschließlich oder überwiegend das Patentwesen betrifft und der Schutz für „Traditional Knowledge“ und „Traditional Cultural Expressions (Folklore)“ wegen der mehr urheberrechtlich orientierten Schutzvorstellungen sinnvollerweise getrennt behandelt werden sollte. Diese im Grunde heterogenen Elemente haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass der IGC keine greifbaren Fortschritte erzielt hat.

**Agenda item 29: STANDING COMMITTEE ON INFORMATION
TECHNOLOGY (SCIT)**
Document: WO/GA/38/10

Das Bezugsdokument wurde von Director Takagi vom IB eingeführt. Er begründete auch mündlich, warum das bisherige Standing Committee on Information Technology durch zwei neue Ausschüsse zu ersetzen:

- (i) Committee on WIPO Standards (CWS) and
- (ii) Committee on Global IP Infrastructure (CGI).

Die Generalversammlung war eingeladen, den Vorschlag zu prüfen und zu billigen.

Da der SCIT über mehrere Jahre hinweg nicht zusammengetreten war, die ihm untergeordneten Arbeitsgruppen jedoch - vor allem im Bereich der Standardisierung - wichtige Arbeitsergebnisse erzielten, hatte das Internationale Büro den Vorschlag einer Umstrukturierung unterbreitet. Dabei sollten an die Stelle des SCIT und aller ihm untergeordneten Arbeitsgruppen zwei Ausschüsse treten. Von dem *Committee on WIPO Standards (CWS)* genannten Ausschuss sollte die Arbeit einer der Arbeitsgruppen unverändert fortgeführt werden, während die Aufgaben des als *Committee on Global IP Infrastructure (CGI)* bezeichneten Ausschusses weniger eindeutig waren.

Der Umstrukturierungsvorschlag wurde überwiegend begrüÙt, nährte bei einer Reihe von Delegierten aus dem Lager der Entwicklungsländer aber die Befürchtung, es seien vor allem auch im Rahmen des neuen CGI normative Aktivitäten geplant, ohne dass dies vorher in einem anderen

Gremium hätte diskutiert werden können. Zu dieser Annahme verleitete sicher auch der Name des neuen Ausschusses. Da auch GD Gurry, der sich in die Diskussionen einschaltete und noch einmal die bisherige Geschichte des SCIT in Erinnerung rief, diese Bedenken nur hinsichtlich des ersten Ausschusses zu zerstreuen vermochte, stimmte die Generalversammlung zwar der Einrichtung des CWS zu, verschob aber die Entscheidung über die Einrichtung des CGI auf seine nächste Sitzung.

Agenda item 30 PCT SYSTEM²

Documents: PCT/40/1, 2, 3, 4, 5 and 6

Die Sitzung der PCT-Verbandsversammlung wurde von der zur Vorsitzenden gewählten Frau Anne Jørgensen aus dem dänischen Patentamt geleitet. Die Bezugsdokumente für diese Sitzung wurden jeweils von Herrn Matthes eingeführt, der im PCT-Bereich des IB die Direktion für internationale Beziehungen leitet. Zur Entscheidung standen insgesamt sechs Unterpunkte an, die allerdings mit Rücksicht auf den Zeitplan von GD Gurry in einer von der Tagesordnung abweichenden Reihenfolge behandelt wurden (die Unterpunkte 4 und 5 zuerst):

1. PCT/40/1: PCT WORKING GROUP: REPORT OF THE SECOND SESSION
2. PCT/40/2 Rev. : PROPOSED AMENDMENTS OF THE PCT REGULATIONS, PROPOSED MODIFICATIONS OF THE DIRECTIVES OF THE ASSEMBLY RELATING TO THE ESTABLISHMENT OF EQUIVALENT AMOUNT OF CERTAIN FEES, PROPOSED AMENDMENTS OF PCT ARTICLE 16(3) AGREEMENTS
3. PCT/40/3: QUALITY MANAGEMENT SYSTEMS FOR PCT INTERNATIONAL AUTHORITIES
4. PCT/40/4: APPOINTMENT OF THE EGYPTIAN PATENT OFFICE AS AN INTERNATIONAL SEARCHING AND PRELIMINARY EXAMINING AUTHORITY UNDER THE PCT
5. PCT/40/5: APPOINTMENT OF THE ISRAEL PATENT OFFICE AS AN INTERNATIONAL SEARCHING AND PRELIMINARY EXAMINING AUTHORITY UNDER THE PCT
6. PCT/40/6: PROPOSAL FOR A LOAN TO THE HAGUE UNION

Mit dem Bezugsdokument PCT/40/1 schlug das IB die Fortsetzung der Arbeiten der Arbeitsgruppe PCT und die Weiterverfolgung der Pläne für eine „Roadmap“ für die Verbesserung der PCT-Strukturen vor. Nach dem Ergebnis der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe (Juni 2009), über die ich ausführlich berichtet habe, sei es dringend erforderlich ist, den PCT an die derzeitige allgemeine wirtschaftliche Lage und vor allem die Situation der großen Patentämter und internationalen PCT-Behörden anzupassen und diese Anpassungen in der Arbeitsgruppe zu erörtern. Die Paragraphen 10 bis 12 des Dokuments fassen das zusammen, was GD Gurry ursprünglich als „Roadmap“ für die weitere Verbesserung und Entwicklung des PCT-Systems vorgeschlagen hatte und was die Delegationen von Entwicklungsländern an Bedenken, Vorbehalten, Einwendungen und Änderungsvorschlägen vorgebracht hatten. GD Gurry setzte sich – wie schon in seinem einleitenden Bericht – für die Annahme der modifizierten „Roadmap“ ein. Der Entscheidungsvorschlag des IB wurde schließlich ohne Gegenstimmen angenommen. Die Arbeitsgruppe wird also ihre Tätigkeit auch im Biennium 2010/2011 fortsetzen. Ebenso wird das IB die modifizierte und den Bedenken der Entwicklungsländer angepasste „Roadmap“ in konkrete Schritte umsetzen, insbesondere also rechtstatsächliche Erhebungen über die kritischen Punkte des PCT-Verfahrens und über Verbesserungsmöglichkeiten einleiten. Normative Aktivitäten, etwa eine Änderung von PCT-Artikeln oder die Harmonisierung der nationalen Rechte auf der Grundlage des PCT, sind dabei zunächst ausdrücklich ausgeschlossen.

Mit dem Bezugsdokument PCT/40/2 Rev. erstrebte das Internationale Büro die Zustimmung der Versammlung des PCT-Verbandes zu den vorgeschlagenen Änderungen zur Ausführungsordnung

² The Twenty-Third Session of the PCT Committee for Technical Cooperation (PCT/CTC/23), will be held prior to this Agenda item

zum PCT. Die für die Sitzung der PCT-Versammlung vorgelegten weiteren Änderungsvorschläge, die im Wesentlichen auf die Initiative des IB zurückgehen, sind von der PCT-Arbeitsgruppe im Juni 2009 beraten und grundsätzlich gebilligt worden. Das IB hatte sich – auch wegen der relativ knappen Zeit, die für die Sitzung vorgesehen war – redaktionelle Überarbeitungen vorbehalten, die sie dann im Nachhinein auch für erforderlich gehalten hat. Es handelte sich um eher geringfügige redaktionelle Änderungen und Anpassungen. Weitere Nachbesserungen hatten zur Vorlage einer revidierten Fassung der Änderungen mit Dokument vom 15. September 2009 geführt, die ihrerseits in der Sitzung vom IB leicht korrigiert wurde.

Die erste Gruppe von Änderungen der AusfO zum PCT betreffen die Rules (Regeln) 45*bis*.1, 45*bis*.2, 45*bis*.3, 45*bis*.5, 45*bis*.6, 45*bis*.9 and 96.1 PCT; sie beziehen sich insgesamt auf die im vergangenen Jahr neu eingeführte „Supplementary international search“ (Ergänzende internationale Recherche) und präzisieren die Möglichkeiten der Internationalen Recherchenbehörden, für die ergänzenden internationalen Recherchen, in den nach Art. 16(3)(b) PCT vorgesehenen Abkommen mit der WIPO bestimmte Einschränkungen und Bedingungen vorzusehen, die Voraussetzungen für die Erstattung der Gebühren für die ergänzende Recherche und Änderungen der PCT-Gebührenordnung im Zusammenhang mit diesen Änderungen.

Die zweite Gruppe von Änderungen der AusfO zum PCT bezieht sich auf die „Rules (Regeln) 46.5 and 66.8 PCT“. Es handelt sich um neue Vorschriften für die Einreichung von Änderungen zu einer internationalen Anmeldung; wenn der Anmelder Änderungen einreicht, die die Beschreibung, die Ansprüche oder die Zeichnungen betreffen, so soll er verpflichtet sein, die Grundlage für die Änderungen in der ursprünglichen Fassung der Anmeldung (the application as filed) anzugeben.

Die dritte Gruppe von Änderungen der AusfO zum PCT betrifft die „Rules (Regeln) 15.2, 15.3, 15.4, 15.5, 15.6, 16.1, 16*bis*.1, 19.4, 57.2, 57.4, 57.5 and 57.6 PCT“; sie behandeln das Verfahren für die Festsetzung von gleichwertigen Beträgen in anderen Währungen als dem SFR für die Recherchegebühr, die internationale Anmeldegebühr und die Übermittlungsgebühr.

Bei den weiter vorgeschlagenen Änderungen zu den „Directives of the Assembly Relating to the Establishment of Equivalent Amount of Certain Fees“ und „Proposed Amendments of PCT Article 16(3) Agreements“ handelt es sich um Folgeänderungen zu dem neuen Verfahren der Festsetzung der Äquivalente in nationalen Währungen zu den internationalen Gebühren, die in SFR festgesetzt werden, und eine Anpassung der entsprechenden bilateralen Vereinbarungen.

Diese vom IB vorgeschlagenen Änderungen wurden ohne weitere Aussprache und ohne Gegenstimme oder Stimmenthaltung von der Versammlung gebilligt. Zu den ergänzenden Entscheidungen der Versammlung über das Inkrafttreten der Änderungen, wie sie in Annex VI des Bezugsdokuments vorgeschlagen sind: (Inkrafttreten grundsätzlich am 1. Juli 2010) fand eine nähere Behandlung nicht statt. Sie wurden daher ohne Aussprache ebenfalls einstimmig gebilligt.

Bei der kurzen Diskussion über das Dokument PCT/40/3 wurde erneut die überragende Bedeutung der Qualitätskontrolle bei der internationalen Recherche betont. Es wurde daran erinnert, dass dringend eine verstärkte Qualitätskontrolle bei den Arbeitsergebnissen der internationalen PCT-Behörden erforderlich ist, um die Verwertbarkeit und Zuverlässigkeit der Arbeitsergebnisse zu erhöhen. Das Bezugsdokument, das über die Verfahren der Internationalen PCT-Behörden (Recherche und Vorläufige Internationale Prüfung) berichtet, mit denen die Qualität der jeweiligen Arbeitsergebnisse überprüft und gemessen werden, wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Die PCT-Behörden haben sich verpflichtet, die Ergebnisse ihrer internen Überprüfungen jeweils in einem Bericht niederzulegen und dem Internationalen Büro und den anderen PCT-Behörden mitzuteilen. Für die Organisation dieser Kooperations- und Abstimmungsverfahren gelten bestimmte Richtlinien, die in gemeinsamen Sitzungen der PCT-Behörden abgestimmt werden.

Mit den Bezugsdokumenten PCT/40/4 und 5 war vorgeschlagen worden, die Patentämter Ägyptens und Israels zu internationalen PCT-Behörden zu bestellen. Die naheliegende Frage, ob eine

derartige Ausweitung des Kreises der internationalen PCT-Behörden mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitsqualität dieser Behörden in Einklang steht, wurde nicht thematisiert. Von Seiten der syrischen Delegation wurde allerdings in Frage gestellt, ob das Patentamt Israels wirklich eine bedeutende regionale Stellung besitze, die die Übernahme der Funktion einer PCT-Behörde rechtfertige; angesichts der Isolierung Israels sei das nicht der Fall. Diesen Bedenken schlossen sich auch weitere arabische Staaten (Sudan, Algerien) an. Es erschien daher für eine kurze Zeit fraglich, ob das Israel überhaupt die notwendige Zustimmung der Verbandsversammlung zur Bestellung seines Amtes als PCT-Behörde erhalten würde. Die Delegation der USA nahm den Angriff der genannten arabischen Staaten auf die Eignung des israelischen Patentamts zum Anlass, ihrerseits bezüglich des ägyptischen Patentamts einen Vorbehalt anzumelden. Die Vorsitzende der PCT-Versammlung, die bei dieser Konfrontation einigermaßen ratlos wirkte, unterbrach schließlich die Sitzung, kam aber nach der Pause mit der Feststellung zurück, dass beide Ämter zu PCT-Behörden bestellt seien, das israelische Patentamt bei Vorbehalten von Seiten der drei genannten Länder, ohne dass die Verhandlungen der Versammlung wiederaufgenommen worden wären.

Im Bezugsdokument PCT/40/6 wurde vom IB ein interner Kredit aus den Mitteln des PCT an die Haager Union vorgeschlagen; der Vorschlag wurde ohne Aussprache gebilligt.

Agenda item 31 MADRID SYSTEM

Documents: MM/A/42/1, 2 and 3

Den Vorsitz der Versammlung der Madrider Union hatte der marokkanische Delegierte Adel El Maliki inne. Die drei Bezugsdokumente wurden von ADG Rubio eingeführt, der – wie bereits von GD Gurry in seinem allgemeinen Bericht erwähnt - Ende November 2009 nach langjähriger Tätigkeit in der WIPO das IB leider verlassen wird; er hat stets eine ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Der Tagesordnungspunkt gliederte sich in drei Unterpunkte:

1. MM/A/42/1: STUDY ON THE INTRODUCTION OF ADDITIONAL FILING LANGUAGES IN THE MADRID SYSTEM
2. MM/A/42/2: INFORMATION TECHNOLOGY MODERNIZATION PROGRAM (MADRID AND HAGUE INTERNATIONAL REGISTRATION SYSTEMS): STATUS REPORT AND PROPOSED NEXT STEPS
3. MM/A/42/3 MADRID SYSTEM DATABASE OF ACCEPTABLE INDICATIONS OF GOODS AND SERVICES

Mit dem Bezugsdokument MM/A/42/1 legte das Internationale Büro seine Pläne dar für die Fortentwicklung des Madrider Systems insbesondere hinsichtlich der Zulassung weiterer Sprachen – über Französisch, Englisch und Spanisch hinaus – als Sprachen für die Einreichung internationaler Anmeldungen. Aus der Sicht des IB hat die Studie über die Einführung weiterer Sprachen als Sprachen der internationalen Anmeldung, darunter an prominenter Stelle auch das Deutsche wegen der führenden Stellung aus dem deutschsprachigen Raum stammender Anmeldungen in den statistischen Erhebungen, zu einem positiven Abschluss geführt. Die Arbeiten in diese Richtung sollen daher fortgeführt werden. Um praktische Erfahrungen zu gewinnen, will das IB ein Pilotprojekt installieren und das Funktionieren insbesondere der Zusammenarbeit mit den nationalen Ämtern, die für die Entgegennahme von internationalen Anmeldungen in den zusätzlichen Anmeldungssprachen in Betracht kommen, erproben. Der Beschlussvorschlag, der auf die Billigung dieses Projektes und seiner Finanzierung abzielte, wurde einstimmig gebilligt. Im Gegensatz zur Sitzung des vergangenen Jahres wurden keine Bedenken gegen eine Ausweitung der Anmeldungssprachen geltend gemacht.

Mit dem Bezugsdokument MM/A/42/2 berichtete das IB erneut über den Status des Projekts, die IT-Umgebung für die Tätigkeiten des Internationalen Büros unter dem MMA-System neu zu

konzipieren. Die Vorlage wurde wie ohne Aussprache zur Kenntnis genommen. Die Versammlung stimmte der Fortsetzung der Modernisierung des Registrierungssystems zu und der vorgeschlagenen Finanzierung im Haushalt des kommenden Bienniums zu.

Mit dem Bezugsdokument MM/A/42/3 schlug das IB der Verbandsversammlung ein Projekt zur Einrichtung einer Datenbank mit „acceptable indications of goods and services“ vor, die in verschiedenen Sprachfassungen über die gegenwärtigen drei Arbeitssprachen hinaus erstellt werden und die Implementierung eines Systems mit weiteren Sprachen für die Einreichung internationaler Anmeldungen erleichtern soll. Sie ist auch als Begleitprojekt zur Einführung weiterer Anmeldungssprachen gedacht. Die Versammlung billigte das Projekt und gab zu diesem Zweck 1,2 Mio. Schweizer Franken aus den Reserven des Madrider Verbandes zur Verwendung frei.

Agenda item 32: HAGUE SYSTEM3

Documents: H/A/28/1, 2 and 3

Den Vorsitz der Versammlung der Haager Union hatte MR Schrock aus dem BMJ in Berlin inne. Die beiden Bezugsdokumente wurden von ADG Rubio eingeführt.

Der Tagesordnungspunkt war in mehrere Unterpunkte aufgliedert:

1. H/A/28/1: PROPOSED AMENDMENTS TO THE COMMON REGULATIONS UNDER THE 1999 ACT, THE 1960 ACT AND THE 1934 ACT OF THE HAGUE AGREEMENT
 - i. FREEZE OF THE APPLICATION OF THE LONDON (1934) ACT OF THE HAGUE AGREEMENT
 - ii. INCLUSION OF SPANISH IN THE LANGUAGE REGIME OF THE HAGUE SYSTEM

2. H/A/28/2 INFORMATION TECHNOLOGY MODERNIZATION PROGRAM (MADRID AND HAGUE INTERNATIONAL REGISTRATION SYSTEMS): STATUS REPORT AND PROPOSED NEXT STEPS

Das Bezugsdokument H/A/28/1 zieht die Konsequenzen aus grundlegenden Beschlüssen, die die Haager Verbandsversammlung bereits im vergangenen Jahr gefasst hat. Danach wird die Mitgliedschaft in der Fassung des Abkommens von 1934 „eingefroren“, und es wird weiterhin das Spanische als dritte Anmelde- und Verfahrenssprache im Rahmen des HMA eingeführt. Die 15 Vertragsstaaten der Londoner Fassung haben den entsprechenden Beschluss während der laufenden Jahrestagung 2009 in einer gesonderten Sitzung gefasst.

Der Beschluss zum „Einfrieren“ der Londoner Fassung ist in erster Linie für etwaige neue Benennungen von Staaten (designations) bedeutsam, die ab dem Inkrafttreten des Beschlusses nicht mehr möglich sind; unter der Londoner Fassung eingetragene Registrierungen werden dagegen nicht tangiert.

Das Bezugsdokument sieht die entsprechenden Änderungen der Ausführungsordnung zum Haager Übereinkommen vor: die Änderungen betreffen „the name of the Common Regulations, along with the amendment of Rules 1, 7, 14, 26, 27, 30, 31 and 34, and the Schedule of Fees, and paragraph (1) of new Rule 37“. Es werden also die Überschriften der Gemeinsamen AusfO sowie im Wesentlichen die Regeln geändert, die eine Verweisung auf die Londoner Fassung enthalten;

³ An Extraordinary Meeting of the Contracting States to the London (1934) Act of the Hague Agreement Concerning the International Deposit of Industrial Designs (H/EXTR/09/01), will be held prior to this Agenda item

außerdem wird die GebO angepasst. Die weiteren Änderungen, die durch die Einführung des Spanischen als Verfahrenssprache veranlasst sind, betreffen: „Rule 6 and paragraph (2) of new Rule 37“. Die Änderungen wurden ohne Gegenstimme angenommen. Diejenigen Änderungen, die das Einfrieren der Londoner Fassung implementieren, treten am 1. Januar 2010 in Kraft, die durch die Einführung der spanischen Sprache veranlassten am 1. April 2010.

Mit dem Bezugsdokument H/A/28/2 berichtete das IB über den Status des Projekts, die IT-Umgebung für die Tätigkeiten des Internationalen Büros unter dem HMA-System neu zu konzipieren. Die Vorlage, die dem parallelen Dokument zum MMA-System vollkommen entspricht, da die IT-Ausstattung einheitlich gehandhabt werden soll, war primär organisatorisch und haushaltsmäßig zu beurteilen. Der Vorschlag wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Die vom Haager Verband beschlossenen Änderungen der Gemeinsamen Ausführungsordnung werden demnächst mit einer amtlichen deutschen Übersetzung im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben werden.

Agenda item 33: LISBON SYSTEM

Documents: LI/A/25/1 and 2

Den Vorsitz der Verbandsversammlung des Lissabonner Übereinkommens hatte der mexikanische Delegierte Jorge A. Castañeda inne. Die beiden Bezugsdokumente wurden von ADG Rubio eingeführt, der damit seinen letzten Auftritt vor der Generalversammlung absolvierte.

In den Bezugsdokumenten berichtete das IB über den Stand der Arbeiten einer Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Ausführungsordnung zum Abkommen von Lissabon über den Schutz von Herkunftsbezeichnungen. Die Arbeitsgruppe war bekanntlich im vergangenen Jahr eingerichtet worden, nachdem das IB über Probleme bei der Behandlung homonymer Herkunftsbezeichnungen („The first situation relates to the submission by a number of Member States of the Lisbon Agreement of declarations of “partial refusal” with respect to an appellation of origin recorded in the International Register, which in fact were intended to be acknowledgements of protection with a limited reservation, based on an obligation to protect in their territory another homonymous appellation of origin related to a similar product.”) und bei der Berechnung des Beginns der Schutzverweigerungsfrist informiert hatte. Es hielt deshalb die Überprüfung der Ausführungsordnung für erforderlich. Die Arbeitsgruppe hat vom 17. bis 20. März getagt und Änderungen der AusfO zum Übereinkommen vorgeschlagen. Deutschland war als Beobachter vertreten.

Die laufenden Arbeiten zielen insgesamt darauf ab, das Abkommen von Lissabon attraktiver zu gestalten, so dass auch bisher außerhalb des Verbandes gebliebene Staaten einen Beitritt in Betracht ziehen könnten. Außerdem soll das Abkommen für den Beitritt internationaler Organisationen geöffnet werden. Hier wird vor allem wohl an die EU gedacht.

Die Entscheidungsvorschläge beziehen sich auf Änderungen der derzeitigen Ausführungsordnung zum Übereinkommen, die sich von entsprechenden Änderungen der Gemeinsamen Ausführungsordnung zum MMA (Schutzverweigerung, Zuerkennung des Schutzes für die angemeldete geographische Herkunftsbezeichnung, optionale Unterrichtung des Anmelders über den Stand der Registrierungen in den Verbandsländern – statement of grant - , Einführung einer Rechtsgrundlage für Verwaltungsrichtlinien) inspirieren lassen („new Rules 11bis and 23bis of the Regulations and to adopt the consequential amendment of Rules 1, 4, accompanied by the understanding appearing in the proposed footnote to paragraph (1)(b), 8, 17 and 22, as set out in Annex I hereto, with effect from January 1, 2010“), sowie auf die Fortsetzung der Arbeiten und die entsprechende Ermächtigung durch die Verbandsversammlung ab.

Die Vorschläge wurden ohne Gegenstimme angenommen; die Änderungen der AusfO werden zum 1. Januar 2010 in Kraft treten. Das IB ist ermächtigt, weitere Sitzungen der Arbeitsgruppe einzuberufen, In der Diskussion betonte die Delegation der USA erneut ihr besonderes Interesse an der Weiterentwicklung des Lissabonner Systems und an der Verfolgung der Arbeiten der Arbeitsgruppe. Das IB ist damit beauftragt, Studien vorzulegen zu den Möglichkeiten einer Weiterentwicklung des Systems und der Anbindung regionaler System an das Lissabonner Übereinkommen

Agenda item 34: REPORT OF THE IPC COMMITTEE OF EXPERTS

Document: IPC/A/29/1

Die Versammlung des IPC-Verbandes tagte unter schweizerischem Vorsitz (Frau Alexandra Grazioli)

Das Bezugsdokument berichtete über die weitere Arbeit des Expertenausschusses für die Internationale Patentklassifikation. Im Vordergrund stehen dabei die praktischen und institutionellen Probleme, die sich durch die Einführung einer zweistufigen IPC (core level and advanced level) nach Abschluss der letzten allgemeinen Revision der IPC ergeben haben. Die Zweistufigkeit habe sich als so kompliziert und verwirrend erwiesen, dass sie umgehend wieder aufgegeben werden sollte. Die Verbandsversammlung nahm gemäß dem Vorschlag des IB lediglich von diesem Stand Kenntnis.

Agenda item 35: INTERNET DOMAIN NAMES

Document: WO/GA/38/12

Gemäß seinem besonderen Engagement führte GD Gurry in den Inhalt des Dokuments und den Sachstand ein.

Das IB berichtet mit dem Bezugsdokument erneut über die erfolgreiche Arbeit des WIPO Arbitration and Mediation Center. Das IB informiert ferner über den Fortgang und Stand der Versuche, auch die von der Generalversammlung beschlossenen Grundsätze über Konflikte zwischen Ländernamen und Domain Names sowie zwischen den Namen Internationaler Zwischenstaatlicher Organisationen (IGOs) gegenüber ICANN und den für die Registrierung von Domain Names zuständigen Stellen durchzusetzen. Der Bericht weist erneut auf die Folgen der zunehmenden Nutzung des Internets und der Proliferation von Generic Top Level Domains (gTLD) hin und betont als vornehmes Anliegen der WIPO, die Schutzrechte des geistigen Eigentums gegenüber Angriffen und Verwässerungsgefahren im Domain Names-System zu verteidigen, die Ausweitung der Domain Names unter Kontrolle zu halten und zusätzliche Bürden vor allem für die Inhaber von Markenrechten abzuwehren.

Die Generalversammlung nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Mit der Einführung neuer generischer *Top Level* Domainbezeichnungen durch ICANN ist nach Auskunft des Internationalen Büros nicht vor Mitte nächsten Jahres zu rechnen.

**Agenda item 36: COOPERATION UNDER THE AGREED STATEMENTS
BY THE DIPLOMATIC CONFERENCE REGARDING THE PATENT
LAW TREATY (PLT)**

Document: WO/GA/38/13

Mit dem Bezugsdokument berichtet das Internationale Büro über seine Tätigkeiten, vor allem die Entwicklungsländer an die Möglichkeiten der elektronischen Einreichung von Patentanmeldungen und die Nutzung der digitalisierten Datenbanken von Prioritätsdokumenten und der elektronischen Korrespondenz nach Einreichung einer Patentanmeldung. Der Bericht soll nachweisen, dass das IB hier auf der Grundlage der in der Diplomatischen Konferenz zum PLT 2000 gefassten EntschlieÙung (Agreed Statement) über technische und finanzielle Hilfe eine Vorreiterrolle einnimmt.

Das IB erwartete hier offensichtlich eigene Beiträge der Vertragsparteien des PLT zur Ausführung der genannten EntschlieÙung. Es gab dazu aber offenbar bisher keine berichtenswerten Aktivitäten. Der Bericht wurde deshalb schlicht zur Kenntnis genommen.

Agenda item 37 PATENT LAW TREATY (PLT) ASSEMBLY
Document: PLT/A/7/1

Die Versammlung dieses Verbandes tagte unter schwedischem Vorsitz (Herr Per Holmstrand). Die Aufgaben des IB wurden von Herrn Baechtold, dem Leiter der Patent Law Division, wahrgenommen.

Mit dem Bezugsdokument schlägt das Internationale Büro – wie schon für 2008 – erneut vor, zwischenzeitliche Modifikationen am Modells des Formulars für den Internationalen Erteilungsantrag, die für internationale Anmeldungen nach PCT beschlossen worden sind, jetzt auch für den Patentrechtsvertrag zu übernehmen. Die gegenseitige Abstimmung und Ergänzung von Maßnahmen im Rahmen des PCT bzw. auch des PLT entspricht den vereinbarten Vorgaben.

Der Entscheidungsvorschlag wurde von der Verbandsversammlung ohne Gegenstimme angenommen.

Agenda item 38 SINGAPORE TREATY ASSEMBLY (STLT)
Documents: STLT/A/1/1, 2 and 3

Die Versammlung dieses Verbandes tagte unter dem Vorsitz von Frau Danielle Yeow, Singapur. Der Tagesordnungspunkt umfasste drei Unterpunkte

1. STLT/A/1/1 RULES OF PROCEDURE
2. STLT/A/1/2 ASSISTANCE FOR THE IMPLEMENTATION OF THE SINGAPORE TREATY ON THE LAW OF TRADEMARKS
3. STLT/A/1/3 FUTURE WORK

Nachdem die ausreichende Zahl von Ratifikationsurkunden hinterlegt und der Markenrechtsvertrag von Singapur (2006), Nachfolger des Markenrechtsvertrages von Genf (1994), in Kraft getreten ist, sollte im Rahmen der diesjährigen Tagung der Leitungsorgane der WIPO erstmals auch die Versammlung des Singapur Vertrages zusammentreten. Auf der Tagesordnung standen die Annahme einer Geschäftsordnung (oben Nr. 1), die Implementierung einer EntschlieÙung über technische Hilfe (oben Nr. 2) und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die sich mit der AusfO zum Vertrag – zeitgleich mit der nächsten Sitzung des SCT – befassen soll (Nr. 3). Sie soll dem „dynamischen Charakter“ des Vertrages von Singapur Gebrauch machen und Vorschläge zur Umwandlung der vom SCT definierten „areas of convergence“ in verbindliche Regeln des Vertrages entwickeln.

Die Entscheidungsvorschläge wurden ohne nähere Diskussion von den Delegierten akzeptiert

Agenda item 39 ADOPTION OF THE GENERAL REPORT AND OF THE INDIVIDUAL REPORTS OF EACH GOVERNING BODY

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: For the General Report and the report of the General Assembly,

the Chair of the General Assembly; for each of the other reports of the concerned Assemblies or bodies, the Chair of that Assembly or body

Documents: The draft reports

Agenda item 40 CLOSING OF THE SESSIONS

Assemblies and other bodies concerned: All

Presiding Officer: The Chair of the General Assembly

Document: None

Über den Schluss der Sitzung liegen mir nähere Informationen nicht vor. Bislang sind auch – entgegen dem sonst üblichen Verfahren – keine vorläufigen Texte von Berichten über die Generalversammlung veröffentlicht worden.

Ende des Berichts

Alfons Schäfers
Rechtsanwalt, Ministerialdirigent a.D.

Anlage I

[Skip to main content](#)

WIPO Assemblies Provide Direction for Next Biennium

Geneva, October 1, 2009 PR/2009/611

WIPO member states, at their annual [Assemblies](#) from September 22 to October 1, 2009, signaled strong support for the Organization's strategic realignment with the endorsement of a [program and budget for the 2010/11 biennium](#) that boosts WIPO's development-related activities, emphasizes the need to advance the Organization's normative work, and further upgrades its services to the private sector. The member states also agreed to renew the mandate of the [Intergovernmental Committee on Intellectual Property, Traditional Knowledge, Folklore and Genetic Resources \(IGC\)](#).

After intense yet constructive discussions held over several days, member states adopted a clearly defined work plan and terms of reference to guide the IGC's work over the next two years. States agreed that the IGC would undertake negotiations with the objective of reaching agreement on a text of an international legal instrument (or instruments), which would ensure the effective protection of genetic resources (GRs), traditional knowledge (TK) and traditional cultural expressions (TCEs). The decision also provided for three inter-sessional meetings of working groups to take place in 2010/11, in addition to the four regular sessions of the IGC.

Work over the next two years will build on the previous work of the IGC. The basis for text-based negotiations will be the existing WIPO working documents on GRs, TK, and TCEs. The IGC is to submit to the 2011 General Assembly the text (or texts) of an international legal instrument(s) which would ensure the effective protection of GRs, TK and TCEs. The 2011 session of the General Assembly would then decide on convening a Diplomatic Conference. WIPO Director General Francis Gurry said this "significant" decision gave the IGC "a robust and clear mandate over the next two years." He called this "a real step forward" for the Organization.

Member states approved a [budgetary allocation for 2010/11](#) amounting to 618 million Swiss francs (CHF), which represents a 1.6% (CHF 9.8 million) decrease compared to the current financial period, reflecting the impact of the global economic crisis on WIPO's services. Almost one-fifth (some 118 million CHF) of the Organization's budget is allocated across programs for capacity-building and development-related activities to strengthen the participation of developing and least developed countries in the benefits of the knowledge economy. An additional 4.5 million CHF was specifically allocated for the implementation of Development Agenda projects.

Delegations expressed strong support for the project-based approach proposed by the [Committee and Development and Intellectual Property \(CDIP\)](#), which will accelerate efficient implementation of the [Development Agenda](#). Member states reaffirmed their commitment to the Development Agenda which they identified as a key priority for the Organization, and stressed the importance of ensuring that adequate human and financial resources are allocated to its implementation. The General Assembly also urged the CDIP to develop a coordination mechanism for monitoring, assessing and reporting on the implementation of recommendations. The CDIP is to submit a report on this matter to the General Assembly at its 2010 session.

Member states took note of the status of work relating to the three issues currently under discussion within the [Standing Committee on Copyright and Related Rights \(SCCR\)](#), namely, the rights of broadcasting organizations, the rights of performers in their audiovisual performances and exceptions and limitations. Delegations expressed support for continued work in these areas with a view to concrete progress.

The General Assembly noted a [report](#) on the work of the Standing Committee on the Law of Patents (SCP), including the Committee's decision to commission five studies on exclusions, exceptions and limitations, including a public policy, socio-economic and developmental perspective; on technical solutions to improve greater access to, and dissemination of, patent information; on the client-attorney privilege; and on transfer of technology and on opposition systems.

The [Assembly of the Patent Cooperation Treaty \(PCT\)](#) appointed the [Egyptian Patent Office](#) and the [Israel Patent Office](#) as International Searching and Preliminary Examining Authorities under the PCT, bringing the total number of such offices to 17. The appointments will become effective from future dates to be notified by the respective offices when they are ready to begin operation. Member states also adopted a number of amendments to the regulations under the PCT which will enter into force on July 1, 2010. These concern clarification of the extent to which authorities may define the scope of supplementary international search which will be offered, a requirement for applicants filing amendments to indicate the basis of those amendments in the application as filed, and improvements to the process for establishing equivalent amounts of certain PCT fees in different currencies. The Assembly also noted a [report](#) of the second session of the PCT Working Group, held in May 2009, and approved the convening of a further session of the Working Group in 2010.

The Madrid Union Assembly took note of the [study](#) prepared by WIPO on the possible introduction of additional filing languages (Arabic, Chinese, Dutch, German, Italian, Japanese, Russian and Portuguese) in the Madrid system in a way that would be operationally and economically viable. The introduction of additional filing languages would be subject to specific agreements with the offices of interested contracting parties. As a first step, the Assembly approved the implementation of a pilot project involving the participation of interested offices.

Member countries of the [Lisbon Agreement for the Protection of Appellations of Origin and their International Registration](#) amended a number of rules governing that system to improve accessibility of information regarding the fate of international registrations in the countries of the Lisbon system. This will better enable interested parties to determine the status of protection of an internationally registered appellation of origin in a given member country, by establishing a formal framework for the communication of a "statement of grant of protection."

The Assemblies also approved the construction of a [new conference hall](#) with a capacity of 900 seats as well as several new smaller meeting rooms in the main headquarters building to cater for increasing demand for multilateral and bilateral consultations associated with intergovernmental meetings at WIPO. Member states earmarked 64 million CHF for this project to be covered from WIPO reserves (24 million CHF) and the extension of an existing commercial loan (40 million CHF). The [new hall](#), designed by Behnisch Architekten of Stuttgart, Germany, gives priority to sustainability: local wood, natural light, hybrid ventilation combining natural and mechanical means, and a cooling system drawing water from Lake Léman. These are among the most significant environmentally-friendly features of the new hall.

The full report of the Assemblies will be available at: http://www.wipo.int/meetings/en/details.jsp?meeting_id=17454.

For further information, please contact the Media Relations Section at WIPO:

- • Tel: (+41 22) - 338 81 61 or 338 95 47
- • Fax: (+41 22) - 338 82 80
- • Email: publicinf@wipo.int

Anlage III

Agenda item 14 **PROPOSED PROGRAM AND BUDGET FOR 2010-2011**
BIENNIUM Document: A/47/3 (Auszug aus dem Dokument)

FOREWORD BY THE DIRECTOR GENERAL

Less than a year has passed since Member States approved WIPO's Revised Program and Budget for 2008/2009, thereby setting a new strategic direction for the Organization and launching a major process of realignment of WIPO's programs, structures, systems and resources.

The overarching challenge for the 2010/2011 biennium will be to take forward that process under a new Senior Management Team, and to consolidate the changes, so that we can begin to realize for our Member States the benefits which the strategic realignment is intended to deliver. The benefits will include, above all, more effective delivery of our normative activities, our services and our capacity building programs to Member States and stakeholders; more efficient use of our resources to achieve results; full integration of the development dimension into our work; and an Organization which is better positioned to address the multiple challenges to the functioning of the international intellectual property system in the rapidly evolving global environment.

Across all programs, we are seeking to tighten the emphasis on results. Accordingly, we have taken a more rigorous approach in this Program and Budget to the formulating of expected results, performance indicators and targets; as well as adding for the first time baselines so as to be able to gauge progress. The strengthening of results-based management at all levels will be further supported by the new Performance Management and Staff Development system, the phased implementation of which over the biennium will ensure that every individual understands how his or her work contributes to achieving the Organization's objectives.

Two years is a short time frame given the magnitude of the tasks before us. I have therefore committed to also presenting a longer-term framework, which will be set out in a Medium Term Strategic Plan (MTSP). While the Program and Budget 2010/2011 and the MTSP preparations have been carried out in parallel, completion of the Program and Budget has taken priority and has been driven by the strategic framework as approved by the Member States in adopting the Revised Program and Budget 2008/09. The first draft of the MTSP will be available in September 2009. Expected outcomes for each of the nine strategic goals will be developed, with associated performance indicators to enable us to assess our progress over the longer period up until 2015. Achievement against these goals will require the collective engagement of both the Secretariat and the Member States; this in turn requires shared ownership of the MTSP and its implementation. For the first time at WIPO, therefore, the medium term strategy will be prepared together with Member States and approved by them. This will be a highly consultative process over the next 12 months.

I am conscious that the level of detail required in the Program and Budget makes for a lengthy and somewhat dense document. I would like to take this opportunity, therefore, to highlight just a few of the achievements toward which we will work with Member States in the coming biennium, and which will mark tangible progress towards our strategic objectives.

Translating the outstanding Development Agenda recommendations into projects and activities with agreed deliverables; and actioning Development Agenda principles within all relevant programs of the Organization (Program 8);

Developing a more integrated approach to technical assistance and capacity-building activities within the framework of national IP and innovation strategies (Program 9). Expanding funding sources to meet the constantly increasing demand for technical assistance (Program 20);

Facilitating a global reflection process on the balanced evolution of copyright and related rights, particularly in the digital environment. Clarifying the scope and impact of limitations and exceptions, with particular focus on improving access to copyright works for certain groups of beneficiaries, such as visually impaired people; (Program 3);

Developing an international instrument to address the protection of traditional knowledge and traditional cultural expressions (Program 4);

Implementing agreed improvements to the PCT system in order to enhance the quality of the international work products produced under the system, thereby increasing the attractiveness and utility of the system for users, participating States and the public, as well as contributing to reducing the worldwide patent application backlog (Program 5);

Expanding the geographical coverage and attractiveness of The Hague and Lisbon systems;

Expanding the scope of WIPO's arbitration and mediation services (Program 7);

Furthering IP knowledge-sharing, by improving access to – and the quality of – technical, legal and statistical IP information contained in WIPO's multiple databases (Programs 16, 14, 19, 21). Developing a new trademark search database. Publishing the first World IP Report (Program 16);

Analyzing the reasons underlying the global escalation in counterfeiting and piracy, and stimulating policy dialogue to address them within the context of international cooperation to build respect for intellectual property (Program 17);

Developing practical IP-based initiatives, such as an open innovation platform for green technologies, to help address the global challenges of climate change, food security and public health. Providing Member States with the policy tools and information to ensure that intellectual property law, policy and practice advance broader public policy goals, including the Millennium Development Goals (MDGs) (Program 18);

Reduced head-count and stream-lined Secretariat.

In this biennium, however, our efforts to meet the considerable demands upon the Organization, both for internal reform and enhanced program delivery, are complicated by a new external factor: the impact of the financial and economic crisis is likely to be felt more keenly by WIPO, an Organization which derives over 90 % of its funding from fee paid services to the private sector, than by almost any other organization in the United Nations system. For the first time ever, WIPO's income is projected to fall in the coming biennium – and possibly beyond.

The projected 1.6 % fall in our revenue for 2010/11 equates to a reduction of 9.8 million Swiss francs in our budgeted expenditure compared to 2008/09 in order to avoid going into deficit. We are still left with the challenge of balancing, on the one hand, the need for new personnel and non-personnel resources in order to meet Member States' expectations for program delivery; and, on the other hand, the constraints of a reduced overall budgetary envelope.

The balance is a difficult one. To achieve it, we have first allocated sufficient resources to meet WIPO's legal Treaty obligations with respect to the processing of applications received under the international registration and filing systems. We have then ring-fenced Development Agenda expenditure, and ensured sufficient resources to fulfill our development mandate. Thirdly, we have made adequate provision for basic operational and infrastructural functions. At the same time, we have continued our drive for efficiency savings and cost cutting in non personnel expenditure across all programs, focusing particularly on reducing the Organization's exceptionally high travel costs.

The need to reduce overall personnel costs (which account for some 65 % of our expenditure), while ensuring sufficient flexibility to bring in the additional skills and knowledge needed to deliver our mandate, is a particularly difficult and sensitive challenge. Measures will include temporary freezing of some vacant posts, and internal redeployments to fill vacancies where practicable. Principally, however, as set out in document WO/CC/61/3 of the Coordination Committee, we propose to achieve the necessary accelerated reduction through the most humane means, namely, primarily through a voluntary separation scheme, of limited duration, to be funded from WIPO's existing financial provisions for separation from service.

The proposed Program and Budget for 2010/11 reflects our shared determination to maintain the momentum of positive strategic change and to continue building WIPO's capacity to deliver the results desired by Member States, whilst adjusting to the constraints of a reduced budget. I am very grateful to Member States for their constructive input to this demanding Program and Budget process and for their support in the shared search for equitable and practicable solutions.

Francis Gurry

Director General

Anlage IV.

**WIPO General Assembly
Thirty-Eighth (19th Ordinary) Session
September 22 to October 1, 2009**

**Matters Concerning the Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Genetic
Resources, Traditional Knowledge and Folklore**

Agenda Item 28

DECISION

Bearing in mind the Development Agenda recommendations, the WIPO General Assembly agrees that the mandate of the WIPO Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Genetic Resources, Traditional Knowledge and Folklore be renewed as follows:

- (a) The Committee will, during the next budgetary biennium (2010/2011), and without prejudice to the work pursued in other fora, continue its work and undertake text-based negotiations with the objective of reaching agreement on a text of an international legal instrument (or instruments) which will ensure the effective protection of GRs, TK and TCEs.
- (b) The Committee will follow, as set out in the Annex, a clearly defined work program for the 2010/2011 biennium. This work program will make provision for, in addition to the 15th session of the Committee scheduled for December 2009, four sessions of the IGC and three inter-sessional working groups, in the 2010-2011 biennium.
- (c) The focus of the Committee's work in the 2010/2011 biennium will build on the existing work carried out by the Committee and use all WIPO working documents, including WIPO/GRTKF/IC/9/4, WIPO/GRTKF/IC/9/5 and WIPO/GRTKF/IC/11/8A (Traditional Cultural Expressions, Traditional Knowledge and Genetic Resources), which are to constitute the basis of the Committee's work on text-based negotiations.
- (d) The Committee is requested to submit to the 2011 General Assembly the text (or texts) of an international legal instrument (or instruments) which will ensure the effective protection of GRs, TK and TCEs. The General Assembly in 2011 will decide on convening a Diplomatic Conference.
- (e) The General Assembly requests the International Bureau to continue to assist the Committee by providing Member States with necessary expertise and funding of the participation of experts from developing countries and LDCs according to the usual formula.

The General Assembly adopts the draft report of the 14th session of the Committee as reflected in document WIPO/GRTKF/IC/14/12 Prov. 2 as the report of that session.”